

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 Bände und ist durch die Expedition, Neue Hauptstadt, 4/6, und durch die Postanstalt zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, halbjährlich 4.50, das Jahr 8.00. Durch die Post bezogen 2.50, halbjährlich 4.50, das Jahr 8.00. Im Jahre 1908 2.50, halbjährlich 4.50, das Jahr 8.00.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 Bände und ist durch die Expedition, Neue Hauptstadt, 4/6, und durch die Postanstalt zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, halbjährlich 4.50, das Jahr 8.00. Durch die Post bezogen 2.50, halbjährlich 4.50, das Jahr 8.00. Im Jahre 1908 2.50, halbjährlich 4.50, das Jahr 8.00.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 254.

Donnerstag, den 29. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Monarchentreue.

Nachdem die Thronrede für Preußen eine Wahlreform angekündigt hat, zeigen sich die Konservativen nicht allein um ihren Bestand im Dreiklassenparlament, sondern auch um die preussische Krone unglaublich besorgt. Heißt es doch am Schlusse der parlamentarischen Erklärung, die die „Konservative Korrespondenz“ am 24. Oktober 1908 veröffentlichte, daß eine Wahlreform für die Wahlteilung der Krone eine Schwächung und Trübung mit sich bringen werde, die nicht zum Heile des Landes diene.

Unsere Aufgabe ist es bekanntlich nicht, uns um den Glanz der preussischen Krone sonderliche Sorgen zu machen. Wohl aber wollen wir uns nicht das Verhängnis des Hinweises auf die Heutzutage vertragen, die die konservativen Parteien nicht, wenn sie ihr Interesse mit dem der Krone identifiziert. Zahlreiche Tatsachen lehren, daß die Monarchentreue bei den Konservativen sofort ein Ende hat, wenn der Monarch Ansichten äußert, oder Gesandtschaften unterzeichnet, die den Futtertruppen-Interessen der Junkerpartei zuwiderlaufen.

Wir erinnern da an die Tage von 1891, als die damalige Reichstagsmehrheit im Begriffe war, gegen die Mehrzahl der Konservativen den russischen Handelsvertrag anzunehmen, war es um den konservativen Patriotismus so wenig bestellt, daß der Kaiser bei einem Diner, das Reichskanzler v. Caprivi am 5. Februar 1891 gab, dem konservativen Reichstagspräsidenten v. Levetzow sagte:

„Aber für eine Mark fünfzig Pfennige Zollfreiheit sollten die Konservativen doch diesen „Patriotismus“ nicht preisgeben.“

Die Herren gaben den Patriotismus preis und stimmten gegen die Handelsverträge. — Die konservative Erbitterung gegen den Monarchen äußerte sich in jenen Tagen so impulsiv, daß ein für Stöcker begeistertes Passier Mitte September 1895 in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schrieb:

„Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe der schäblichsten und angelegentlichsten Männer nennen, die, wenn man ihre Privatäußerungen veröffentlichte, ohne weiteres der Majestätsbeleidigung für schuldig befunden werden müßten.“

Als dann den Konservativen im Jahre 1902 darum zu tun war, möglichst hohe Zuckerzölle durchzubringen, fiel am 7. September 1902 im „Sächsischen Vaterland“, dem Organ des konservativen Landesverbands, das berühmte Wort von den trachenden Thronen, die die Folge der zur Verzweiflung getriebenen agrarischen Bevölkerung sein würden. Die „Deutsche Tageszeitung“ aber, schon damals das rückschrittlichste Blatt Preußens, war weit entfernt davon, die Drohungen ihres sächsischen Bruderblattes etwa als eine Entgeißelung zu tadeln. Vielmehr erklärte sie das Wort von den trachenden Thronen ausdrücklich als „wahrheitsgemäße Schilderung“ der Stimmung, und ihrer unausbleiblichen Folgen, und fügte aus eigenem noch den nicht mißzuverstehenden Fingerzeig hinzu, daß die Füße der Throne nur feststehen, so lange sie in dem gewachsenen Boden des Bauerntums und des Mittelstandes wurzeln. Was mit anderen Worten

heißt, daß die Junker, gleich ihrem Genossen Kupprecht-Kanfern, jeden Augenblick bereit sind, zur „Sozialdemokratie abzuschwenken“, sobald ihnen die Monarchentreue als ein unvorteilhaftes Geschäft erscheint.

In dem Manifest der „Konservativen Korrespondenz“ gegen die Krone heißt es wörtlich:

Die Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtags bringt die Mitteilung, daß eine organische Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus als ein dringendes Erfordernis unserer staatlichen Entwicklung erscheine.

Wir wollen abwarten, welche positiven Unterlagen die von der Regierung betriebenen Vorarbeiten für jene Annahme, deren Resultat ja der Beschlußfassung des Landtags unterliegen würde, bieten, bezweifeln aber einstweilen, daß eine Reformbedürftigkeit sich bei dem preussischen Wahlrecht in höherem Maße bemerklich gemacht hat, als bei den Wahlrechten anderer Staaten und auch des deutschen Reiches.

Man hat bisher nicht gehört, daß auch in letzter Beziehung seitens der zunächst beteiligten Faktoren Veränderungen betrieben wurden zur Verstärkung des Einflusses von Besitz, Bildung und staatlichem Verantwortlichkeitsgefühl.

Das preussische Wahlrecht ist ein Hort der besitzenden Arbeit, aufgebaut auf dem Maße der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen. Freilich, der Herrschaft der Massen ist es nicht günstig.

Jedenfalls hat das preussische Abgeordnetenhaus sich in seinen positiven Leistungen zum Wohle des Staates und zur Vertretung des preussischen Volkes seit langer Zeit so völlig auf der Höhe seiner Aufgaben gezeigt, daß Veränderungen in seiner Zusammensetzung diesen Erfolg nur gefährden, nicht aber fördern könnten.

Unsere Partei möge aus der anscheinend doch hiervon abweichenden Kritik der Thronrede und der sich daraus ergebenden Situation die erste Mahnung entnehmen, mit allen Kräften und mit allem Eifer an der inneren Verbindung mit den wahren Interessen des Volkes weiter zu arbeiten. Sie muß sich mit ihnen so völlig vereinen, ihre Förderung im Sinne eines gelunden, den modernen Verhältnissen angepaßten Fortschrittes auf der Grundlage des bewährten alten mit solcher Energie betreiben, daß sie der Wachstumsphase des Staatslebens, welcher sie dadurch schon bisher geworden ist, auch in den neuen Formen zu bleiben vermag, die uns vielleicht ausgesetzt werden.

Ob freilich diese Vorwürfe dem Wohle des Staates entsprechend erscheinen, werden wir ja zunächst sehen und lediglich danach unsere Haltung dazu einrichten.

Das eine allerdings wird als ein wohl nicht gewolltes, aber, wie die Erfahrung lehrt, leicht möglicherweise, vielleicht sogar wahrheitsgemäßes Ergebnis solcher modernen Entwicklungsphasen zu betrachten stehen, daß zugleich die Machtstellung der Krone, die mit der Geschichte und den Geschicken Preußens unauflöslich verbunden stehen, eine Schwächung und Trübung erfahren könne, die nicht zum Heile des Landes dient.

Gegen die Krone richtet sich die Kriegserklärung in ihrem letzten Teile. Der König absolut, wenn er unseren Willen tut. Es ist aber noch garnicht ausgemacht, daß es zwischen ihm und den Junkern zu einem ernstlichen Zerwürfnis kommt. Auch bei der Kanalvorlage sagte der König: „Gebaut wird er doch!“, die Junker aber sagten: „Gebaut wird er doch nicht“. Jetzt droht die konservative Partei der Krone mit einer ähnlichen „Schwächung und Trübung“ ihrer Machtstellung wie im Falle der Kanalvorlage, in welchem der Wille der Junker über den der Krone siegte. Nun ist eine Wahlreform allerdings keine Kanalvorlage; denn hier kann sich die Krone, wenn sie will, auf Reserven stützen, durch deren Hilfe sie unüberwindlich wird. Die Habsburger und die Wittelsbacher haben gezeigt, wie das zu machen

ist, und ihre Staaten sind darüber nicht zugrunde gegangen. Im Lande der Hohenzollern ist eine ähnliche Lösung der Wahlrechtsfrage nicht zu erwarten, hier wandelt man die Bahnen der sächsischen Wettiner. Krone und Regierung haben daher keine Unterstützung von den breiten Massen des Volkes zu erwarten. Würden die Junker das nicht, so würden sie nicht so dreist, wie sie es tun, der Krone, mit ihrer Ungnade drohen.

Gegen die Wahlreform wendet sich das Junkermanifest mit dem alten, beliebten Argument, daß das preussische Wahlrecht aufgebaut sei auf dem Maße der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen. Die Unwahrheit dieser Behauptung liegt auf der Hand, denn in Preußen sind die Leute, die das Geld für das preussische Militärkontingent durch indirekte ans Reich bezahlte Steuern aufbringen, rechtlos. Rechtlos sind die Staatsarbeiter, die durch ihre Hände Arbeit mehr zur Erhaltung des Staates beitragen, als die Wähler aller drei Wählerklassen zusammengenommen. Rechtlos ist ferner die dritte Wählerklasse, die in Verhältnis zu ihren Kräften viel schwerer an den Staatslasten trägt, als die beiden anderen, die zusammen die Mehrheit haben. Dagegen sind die Junker privilegiert, ihnen werden Steuern auf ihr Wahlrecht angerechnet, die sie nicht bezahlen. Das platte Land ist vor der Stadt bevorrechtet, obwohl die Stadt mehr zu den Staatslasten beiträgt, als das platte Land. Die Junker wissen das alles ganz genau. Sie wissen, daß das preussische Wahlrecht nicht auf der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen, beruht — diese Pflicht ist für alle Staatsbürger die gleiche — noch auch nach dem Maße der wirklich getragenen Lasten eingerichtet ist, sondern daß es nichts ist, als ein logisch, moralisch, juristisch gleich unheilbares Gemisch von Widerstand, Willkür und Unrecht. Aber sie wollen an der Macht bleiben, und die Rechtsarten, die sie selber dabei machen, sind ihnen gleichgültig. Wenn sie's beschließen, muß für Preußen breit eine gerade Zahl sein.

Gegen das Reichstagswahlrecht spricht sich das Junkermanifest mit schärfster Deutlichkeit aus. Damit geben die Konservativen zu, daß sich im preussischen Wahlrechtskampf das Schicksal des Reiches entscheidet. Die preussische Wahlrechtsbewegung ist deutsche Reichs- und Volkssache gegen die in Preußen herrschende Klasse, und es kann für sie kein Zurück mehr geben, weil jedes Zeichen der Ermüdung und Schwäche dem Reichstagswahlrecht gefährlich werden kann. Es ist gut, daß die Junker das offen ausgesprochen haben; denn jetzt muß jedermann wissen, um was es sich handelt.

Entweder mit den Konservativen Junkern gegen das Reichstagswahlrecht, oder mit den sozialdemokratischen Arbeitern für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen! Das ist die unerlöschliche Entscheidung, vor die sich jeder einzelne Deutsche, Preuze oder Nichtpreuze, gestellt sieht, und der sich niemand auf die Dauer wird entziehen können, keine Partei, keine Regierung und keine Dynastie.

Nicht die preussische Krone und das Haus Hohenzollern.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Carl von Golthe.

35. Ein Erzähler, dessen Hauptzweck in der Absicht liegt, vielerlei wechselnde und unterhaltende Begebenheiten aneinander zu reihen, um dadurch seine Leser nur spannend zu beschäufigen, der genießt sehr bequeme Vorteile. Er darf halt machen, wo es ihm beliebt, darf Nebenfiguren ausmalen, wie er will, und gelangt dadurch, oft ohne sein Wissen, in den Ruf eines gründlichen Charakterzeichners. Derjenige, dessen Romane eigentlich gewissenhaft und frei durchgeführte Biographien werden wollen, der also seines Helden Laufbahn Schritt für Schritt psychologisch verfolgen soll, dem bleibt wenig Platz im Werke für genügende Entfaltung anderer Persönlichkeiten, was so weniger, wenn im Laufe der Handlung eine Menge derselben zu kommen und zu gehen haben. Deshalb sind wir auch unserer Sache nicht sicher, inwiefern es uns bis jetzt gelungen sein dürfte, die Eigentümlichkeiten unseres Reichsfreiherrn Tauern-Rauzberg mit den flüchtigen Strichen, welche wir an sein Bild wenden durften, deutlich darzustellen. Im nächsten Falle wird der Leser nicht erstaunen, wenn er vernimmt, daß Wulfs Besichtigungen sich gänzlich unbearbeitet zeigten; daß der Baron die beachtliche Würdigung seines Schicksals lediglich wie ein im Hause gemagtes Katzenbild betrachtete; daß er die Konsequenzen, die sein Wirtschaftsdirektor für die Zukunft daraus herleiten wollte, verächtlich von sich wies; daß er es unter seiner „hohen Würde“ fand, dieser eingehende Inquisitionen anstellen zu lassen; ja, daß er endlich zornig wurde über den Antrag, die Schauspieler fortzuschicken. „Götten Sie“, so ließ er sich gegen den hiesigen Altgemeinmann aus, „in Ihrer übertriebenen Menschlichkeit anderen Leuten nicht verbieten, was als Statisten unter die Hände zu mischen, so würde jener Kaufmann nicht nötig gehabt haben, eine Rekrutierung in der Nachbarschaft anzustellen. Durch diese Straußdiele ist natürlich sehr verwirrtes Gehirn erst auf die abgeschmackte Volkshäuseridee geraten, meine Abwesenheit für solchen Coup de main zu benutzen. Die Schlingel wußten, daß kein Mann zugegen sei, und Ihr habt Euch benommen wie die Schlafhäuten. Ich will nichts weiter von der Sache hören! Als Grund- und Gerichtsherr befehle ich, daß sämtliche Gefangene gehörig abgeprügelt und sodann fortgeschickt werden. Der Direktor, sobald seine Wunde es

erlaubt, muß ebenfalls fort. Wäcker soll für einen anderen Klecker sorgen, wo nicht ein Stubenmaler hier herum aufzutreiben ist, der das Unentbehrliche liefert. Und nun wünsche ich, daß über den Vorfall nicht mehr gesprochen werde.“

Auf diese Weise ging die Audienz vorüber, welche am Freitagmorgens stattgefunden. Niemand empfahl sich im nächsten Summ, und dieser blieb bei Er- und Verteilung der befohlenen Liebe ohne Zweifel ins Gewicht gefallen sein.

„Die Strafen, wenn auch allzu mild, sind dekretiert“, begann Gottlieb. „Aber wie sieht es mit den Verlobungen? Hat sich unser jugendlicher Herr Baron nicht hoch verdient gemacht? Indemselben kann ihm nicht dankbar genug sein; doch ziemt es sich keineswegs, daß sie ihn belohne. Dies, dünkt mich, wäre des Vaters Pflicht.“

„Er begehrt gar keinen Lohn“, erklärte Ludmilla mit einer Gottlieb sehr auffälligen Bestimmtheit: „ein Geldgeschenk müßte ihn belästigen... und meiner Dankbarkeit hält er sich ohnehin gelibt.“

„Dennoch“, sagte der Baron, „muß ich Demosthele bestimmen. Der junge Mensch ist würdig, durch eine ihm zugewendete Anerkennung vor seinesgleichen ausgezeichnet zu werden. Ein Geschenk finde ich auch nicht passend, entsagst nicht auf frischer Tat. Später wird er es nicht zurückweisen. Ich denke, ich lasse ihn auf heute zum Diner einladen. Was meint Ihr?“

Gottlieb bereitete jetzt ihre Voreiligkeit. Eine solche Mittagsstapel zu Vieren erschien ihr unter den vorwaltenden Verhältnissen gefährlich. Würde der unerfahrenen, unter solchen Umständen aufgewachsenen Komödiantensohn Gemandtheit genug besitzen, sich ohne Anstoß aus der Affaire zu ziehen? Würde er sich nicht vergessen, ihr oder Ludmilla gegenüber? Eines so bedenktlich wie das andere. Würde Ludmilla sich gemutmaß beherrschen können? Würde der Baron nicht Verdacht schöpfen, Vergangenes und Zukunft, alte und neue Intrigen beireisend? ... Ich weiß doch nicht“, entgegnete sie, „ob ihm damit ein großer Gefallen geschehe? Ich fürchte, seine Verlegenheit überbietet die Freude an solcher ihm zugedachten Ehre!“

„Das glaub' ich nicht“, warf Ludmilla ein. „Wer zu benehmen weiß, wie Herr Wäcker der Jüngere, würde auch an falscherer Tafel keine Verlegenheit zeigen.“

„Das ist zweierlei“, fuhr Gottlieb fort: „der edle Anstand auf der Bühne, besonders in Kostümröcken, ist gar sehr verschieden vom feinen Anstand in vornehmer Gesellschaft. Man findet Theaterhelden, die mit Rittermantel und Schwert den

höchsten Adel emulieren, die sich im Salon betragen wie Schloßgesellschaften.“

„Das müssen Sie freilich besser kennen als ich, liebe Demosthele“, entgegnete mit ironischer Betonung die Baronin: „und für andere müßt' ich auch nicht gut stehen. Götten Sie aber den Wulfs gestern Abend gesehen, wie er sich zwischen mich und den freien Maler stellte, wie er dann seine Stellung behauptete und die schärfsten, dabei doch verheerenden Wankreden zeigte. Sie würden ihm sein-geselligen Anstand ebensowenig streitlich machen, als den Adel der Seele. Wächtig, daß er zwischen seinen Kollegen und Theaterumgebungen einen anderen Ton annimmt, ja vielleicht annehmen muß. Bei uns auf dem Schloß wird er dahinein gewiß nicht verfallen. Oder hatten Sie sich bei seinen früheren Besuchen über ihn zu beklagen?“

„Durchaus nicht“, antwortete Gottlieb; „ich meinte nur...“

Der Baron unterbrach sie: „Was sollen diese Subtilitäten? Warum sich den Kopf zerbrechen mit gleichgültigen Kleinigkeiten? Es gibt nur zwei Fälle: entweder Ihr Protegee betrügt sich an meiner Tafel wie ein anständiger Mensch; dann will ich ihn gern als solchen anerkennen quara memo, und Ihr werdet Euch geschmeichelt fühlen. Oder er vermag das nicht, geriert sich comme un rastro... tant pis pour lui! Es soll der Sänger mit dem König gehen!“ Ist Ihr wohl Euer Herr Schiller den etwas schwächlichen Vokal ausruhen in dem kirchlich erst gedruckten Drama: Jeanne d'Arc? Wenn wollen das parodieren: der Komödiant soll beim Reichsfreiherrn essen! Morgen ist Schaulpiel, also heute!“

Der Kammerdiener empfing Befehl, augenblicklich einen Lakaien zu entsenden.

„Sie werden Probe haben, man wird ihn in seiner Haushaltung nicht antreffen“, wendete Gottlieb ein.

„Um so besser“, dann soll die Einladung erfolgen auf den Brettern und in Gegenwart des Personales, hüßlich laut, damit sie's alle hören und sich hinreichend ärgern. Der Reich macht solche Auszeichnung erst vollkommen. Uebrigens bin ich neugierig auf den Vorfall.“

So schloß der Erzähler das Gebräch. Neugierig waren sie sämtlich. Verstaubt wie Diener; jeder und jede auf ihre Art. ... Ma triumphierte. Sie dachte und bedachte nichts, als daß er neben ihr sitzen, daß sie ihn hören, sich seiner Nähe erfreuen werde. Es konnte nicht fehlen, es mußte ihr gelingen, ein vertrautes Wort heimlich mit ihm zu wechseln! (Fortsetzung folgt.)

Kretsch und die sieben sozialdemokratischen Schwaben.

Nach der feierlichen Zeremonie der Vereidigung der Abgeordneten auf König- und Verfassungstreue, bei der die Gegner mit einem Schwur sahen, daß der Protestanten eines Verfassungstodes unsere Parteigenossen nicht hindern kann, auch im preussischen Abgeordnetenhaus die Interessen der breiten Volksmasse wahrzunehmen, kam am Dienstag im Dreiklassenparlament der erste sozialdemokratische Antrag zur Verhandlung. Die Regierung aufzufordern, den Genossen die Rechte zu übertragen, die Dauer der Session aus seiner Festungshof in Glatz zu beurteilen. Genosse Kretsch wies die Berechtigung dieses Anspruchs gemäß Artikel 84 der preussischen Verfassung nach und behauptete die ungeheuerliche Praxis der Staatsanwaltschaft, Duellmörder aus den niedrigsten Gründen zu beurteilen, zum Beispiel den Grafen Platter zu seinen Reden oder einen Opernsänger zu einer Festvorstellung im Wiesbadener königlichen Schauspielhaus, dem Genossen Liebknecht aber die Möglichkeit zu verweigern, daß er sein Amt als Volksvertreter wahrnehme. Er schilderte die mißlungenen Versuche der Anklagebehörde, durch einen Richterpruch dem Genossen Liebknecht die Ehre abzuschneiden und stellte zum großen Aerger der Junkersippe fest, daß das preussische Volk den Hochverräter mit den höchsten Ehren auszeichnet hat, die es vergeben kann. Die Konservativen hatten die Antwort auf unseren Antrag ihrem unanständigen Klappschelch, dem Abgeordneten Kretsch übertragen. Herr Kretsch bestritt nämlich, daß die Wahl Liebknechts zum Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten eine Ehre bedeute — er schätzte die Ehre, Mitglied des Dreiklassenparlamentes zu sein, offenbar recht niedrig ein. Den Wählern von Berlin II gab er den dummschlauen Rat, sie hätten ja einen anderen wählen können, wenn sie im Abgeordnetenhaus vertreten sein wollten. Schließlich verriet Kretsch seinen Aerger über die Anwesenheit von sozialdemokratischen Seelen im Klappschelch des Dreiklassenparlamentes durch die Bemerkung, daß die sieben sozialdemokratischen Schwaben ihm nicht imponierten. Das werden unsere Genossen im Landtage auch nicht erwartet haben. Aber viel leicht wappentieren auch einmal dem Kretsch und seiner Sippschaft die Millionen von Wählern, die hinter ihnen stehen, und die nicht so willenslos stimmten sind, wie die armen Volkshörigen, die von ihren Gutsherrn zur Wahl eines Kretsch kommandiert werden. Die übrige Debatte legte ein trauriges Zeugnis für den Tiefstand der bürgerlichen Parlamentarier ab. Nur der alte Träger trat eifrig für unseren Antrag ein. Zentrum und Nationalliberale spielten untereinander Fangball mit allerhand Rechtsbegriffen und vertrieben sich hinter eine falsche Auslegung der Verfassungsbestimmungen. Als dann Genosse Kretsch im Schlusswort sie aufforderte, wenn der Artikel 84 wirklich den Sinn habe, den sie ihm unterlegten, doch einen Antrag auf seine Abänderung einzubringen, um die Rechte des Parlamentes und der Wähler zu schützen, lachten sie laut auf. Dachte doch der nationalliberale Dr. Friedberg ihren geheimen Wunsch verraten, daß möglichst viel sozialdemokratische Abgeordnete durch Strafhaft den Verhandlungen des Parlamentes ferngehalten würden. Unser Antrag ging schließlich an die Geschäftsordnungs-Kommission, auf Annahme kann er bei der Unanständigkeit unserer bürgerlichen Gegner nicht rechnen.

Dann führte das Abgeordnetenhaus die Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage zu Ende. Herr Gehlke, dieser Musterblödsinnige aus Königsberg, rühmte die Vorlage als ein Entgegenkommen der Regierung an die bürgerliche Linie — dieses Entgegenkommen ist beim Modifizieren schon zur freien Idee geworden — und wenn der Freikonservative Rebold das Gesetz freundlich besprochen hätte, so revidierte Herr Gehlke noch weniger und sprach ganz begeistert von der Fürsorge Preussens für seine Beamten. Genosse Ströbel wies dann scharf und einbringlich nach, daß diese Fürsorge sich nur auf die höheren Beamten und auf die Militärämter, diese Protoriangarde der Regierung, erstreckt, während man die Unterbeamten und Staatsarbeiter unter den verderblichen Wirkungen des Jollwuchers leiden und hungern läßt. Am Mittwoch stehen die Lehrer- und Pfarrerbesoldungsvorlagen auf der Tagesordnung.

Politische Uebersicht.

Die neuen Steuern perfekt. Der Bundesrat stimmte in seiner letzten Sitzung den Anträgen der Regierung zur Finanzreform zu. Nach dieser Meldung scheint es, als ob im Bundesrat die Gesamtreform damit erledigt wäre. Ueber die Ergebnisse der Beratungen berichten die „Münch. N. Nachr.“ noch folgende Einzelheiten:

Die neue Biersteuer enthält Staffelfätze von 12 bis 20 M. für den Doppelzentner Maß, je nach der Betriebsgröße. Die Insektensteuer verlangt 2-10 Prozent vom Preise der Aesone je nach der Höhe der Auflage der Zeitung. Auch die Straßenerklärung wird besteuert. Die kleinen Annoncen sind steuerfrei. Die Plakate werden mit 5 Pf. bis 3 M. pro Plakat je nach dem Wert des Wines, besteuert werden.

Zeitungsgerüchte besagen, daß die Gas- und Elektrizitätssteuer von der Regierung nur als Kompensationsobjekt gedacht sei, man wolle sie der Opposition zum Opfer bringen, um so sicherer die anderen Vorlagen durchzubringen.

Die Aussichten der Reichsfinanzreform. Von den Steuerplänen des Reichsfinanzministers Sydow werden wenigstens drei auf beträchtlichen Widerstand auch bei bürgerlichen Parteien stoßen. Am schlechtesten steht es wohl mit den Aussichten der Reichsnachschaffener: die Konservativen werden nach ihren bisherigen Erklärungen nicht dahin können, gegen sie zu stimmen, die Regierung würde also die Annahme des Entwurfes, wenn überhaupt, nur mit Hilfe der Sozialdemokratie bemerkenswerten können. So ist es gänzlich ungewiß, ob die Nachschaffenervorlage dem Reichstag überhaupt unterbreitet werden, oder ob es gelingen wird, für sie einen Ersatz zu schaffen, auf den sich sämtliche Blockparteien einigen. Neuerdings macht sich auch eine ziemlich lebhaft Opposition gegen die Licht- und Kraftsteuer geltend; der bayerische Verkehrsminister Frauenhofer hat jetzt sogar auf dem in Deutschland sonst nicht üblichen Wege eines Interviews dem Projekt den Krieg erklärt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verwirklichung des Planes im Interesse Bayerns unterbleiben werde. Die süddeutschen Blockmitglieder werden also bei der Beratung dieses Entwurfes in eine noch unangenehmere Lage kommen, als bei der Beschlußfassung über das Reichsbereinsgesetz. Sie sollen diesmal nicht über die Ideen sondern auch die materiellen Interessen der Heimat preisgeben, sie können es nicht tun, ohne ihre Stellung bei ihren bürgerlichen Wählern zu gefährden. — Das dritte Schmerzenskind des Reichsfinanzministers ist seine Insektensteuer. Diese hat er, wie es heißt, schon mehrfach abändern müssen, er wird aber kaum eine Form für sie finden, die den Zeitungsverlegern gefallen wird. Die Zeitungsverleger sind aber, in allen bürgerlichen Parteien, höchstens von den Konservativen ab-

sehen, sehr einflussreiche Leute. — Gänzlich unbeschäftigt ist auch die Zukunft des Branntweinmonopols; hier wird den Freisinnigen durch die vorgelegene Abänderung der Steuerbeschlüsse ganz Unglaubliches zugemutet; es heißt aber, daß Herr Sydow auf eine Ablehnung des Projektes gefaßt ist und für diesen Fall eine Branntweinsteuer vorbereitet hat, die die freisinnigen Gelder dann ruhig schlafen werden.

So scheinen die Aussichten der Sydow'schen Finanzreform zunächst keineswegs die allerbesten zu sein. Es wird mehr Anrechtigkeit, mehr Rücksichtsträger, mehr Wandelbarkeit der Gesinnung, als in irgend einem anderen großen Parlament der Welt zu finden ist, im deutschen Reichstage notwendig sein, um das „schwierige Werk“ dem patriotischen Abschlusse zuzuführen, der in dem Bande der Gottesfurcht und guten Sitte nie fehlen darf.

Das hohe Lied von der pfäffischen Welt Herrschaft. Im katholischen Verlage von Auer in Donauwörth ist unter bischöflicher Approbation ein „Schutzengelbrief“ erschienen, in dem über die Würde des „katholischen Priesters“ ein wenig gesagt ist, das den durchlauchtigsten Stolz mancher weltlichen Machthabers als eine recht bittere Pille anmuten wird. Man höre:

„Keine menschliche Sprache ist imstande, die erhabene Würde eines katholischen Priesters zu schildern. Sie überragt die Größe der Kaiser und Könige, ja selbst die Majestät der erhabenen Himmelsfürsten. Die Engel sind Boten Gottes, die Machthaber dieser Welt Gottes Stellvertreter in irdischen Dingen. Hoch über beiden stehen die Priester, denn sie sind Gottes Stellvertreter in Sachen des ewigen Heiles. Ihre Würde ist darum göttlich zu nennen. Die allerheiligste Jungfrau Maria hat nicht solche Macht, denn sie kann nicht die allerheiligste Sünde vergeben; der Priester aber kann die himmelschreiendsten mit einem Worte austilgen — er ist darum der Vater seiner Gemeinde, der größte Wohlthäter des Volkes. Was folgt daraus? Schreibt der Katerchismus den Kindern schon Liebe, Gehorsam und Ehrfurcht gegen die Eltern vor, in wieviel höherem Maße erbittet sie dann dem Priester, dessen Würde und Wohlthaten unermesslich größer sind als die der lieblichen Eltern! Darum darfst du nie des Priesters solchen Lippen, die eine heimliche Sünde des Priesters an's Licht ziehen oder selbst ein schweres Vergehen desselben an's Licht ziehen, Singen vorat gut für sein Leib und Leben! Was ihn ihm vorhält, das verweigert er Gott selbst, dessen Stellvertreter er ja ist.“

„Bescheidenheit ist eine Zier — doch weiter kommt man ohne ihr!“ Es ist der alte gubewährte Grundfatz der Kirche, der aus dieser Pfaffenhymne erklingt. Man beachte auch den Jesuitismus, der in dem Einschärfen einer Schweigepflicht gegenüber den ärgsten Verbrechen eines Priesters sich ausdrückt. Und dann die kühneren Vermahnung von wegen eines guten „Happen Happen“! Da kann man es leicht begreifen, warum gar mancher, der sonst kaum zu etwas nütze wäre, sich sagt: Ich pfeife auf die Welt und lebe geistlich.

Staatsanwälte, organisiert Euch! Kürzlich gab die „Woh. Ztg.“ die Zuschrift eines Richters wieder, die flammende Empörung darüber atmete, daß die Richter und Staatsanwälte sich mit der ihnen erst kürzlich zuteil gemordenen Erhöhung ihres Maximalgebalt von 6600 auf 7200 Mark bescheiden sollten. Heute können wir den Empörungsschrei eines Staatsanwalts in den „Verl. Neuest. Nachr.“ wiedergeben. Auch dieser Herr, als Leser des Scharfmacherorganes ein wütender Gegner der „begehrlichen“ Sozialdemokratie, ist außer sich darüber, daß die Staatsanwälte sich künftighin mit einem Gehalt von 3000-7200 Mark begnügen sollen. Darin, daß mehr als 80.000 preussische Beamte mit einem Anfangsgebalt von weniger als 1200 Mark abgespeist werden sollen, findet er offenbar nichts Empörendes! Der Herr Staatsanwalt schreibt dem Scharfmacherorgan:

„Ein Gefühl grenzenloser Erbitterung fließt in mir hoch. Ja, ich bin ein Richter und Staatsanwalt keine Beamten? Man kündigt doch eine Erhöhung der Beamten-Gehälter an und erwähnt nichts davon, daß sie ausgenommen werden sollten! Feinden sie denn nicht ebenso unter der allgemeinen Forderung der Lebensbedürfnisse wie die anderen? Wollen und müssen sie ihre Kinder nicht ebenso ernähren und erziehen wie andere, und ist es nicht ebenso ihre Pflicht, diesen die Möglichkeit zu geben, einmal dem Stande anzugehören, dem der Vater angehört? — Erweiterungen darüber anzustellen, daß das von dem jetzt gezahlten Gehalt nicht möglich ist, diese Eulen nach Athen tragen. Davon kann man als lediger Mann oder vielleicht auch mit Familie in ganz kleinen Städten mit denkbar einfachen Verhältnissen, aber auch dann nur unter größter Einschränkung leben, unterwärts nicht. Die Folge einer Nichterhöhung der Gehälter der Richter und Staatsanwälte wird also die sein, daß dieser Stand nur Ledigen oder Begüterten zugänglich sein wird.“

Daß Hunderttausende von preussischen Beamten, von den unzähligen Millionen von Proletariern garnicht zu reden, mit Einkommen von 1000-1500 Mark leben müssen, somit Familien leben müssen, finden unsere Richter und Staatsanwälte offenbar in der Ordnung, sonst könnten sie ja nicht amtlich und privatim die Sache der herrschenden Klassen vertreten! Aber sie, ihr „Stand“, wollen mit 3000 bis 7200 Mark, also durchschnittlich 5000 Mark Gehalt höchstens als lediger Mann unter größter Einschränkung leben können!

Deshalb erläßt der Staatsanwalt des weiland Krupp'schen Schleißereis folgenden Kampfruf:

„Jetzt gilt es, zu zeigen, daß sie sich nicht weiter wie gebildete Schafe sichern lassen wollen. Schließt Euch zusammen, Ihr Richter und Staatsanwälte! Gründet Vereine, aber nicht um gelehrte Fragen zu erörtern, sondern um Eure Standesinteressen zu wahren, um zu betonen, wie es möglich ist, der Regierung das abzurufen, was Ihr für Eure Frauen und Kinder braucht, was Ihr haben müßt. Von selbst tut sie nichts für Euch, zeit, was Ihr auch vordern könnt. Macht ein Unabgeneigtes ist es, was Ihr verlangt, sondern Ihr gutes Recht, das Euch werden muß. Darum auf zum Kampf!“

Das sind ungewohnte Töne aus den Kreisen der Staatsanwaltschaft. Die Herren waren doch sonst nur gewohnt, arme Arbeiter wegen Erpressung ins Gefängnis zu stecken, die sich eine Lohnerhöhung unter Ankündigung des Streiks erkämpfen wollen. Und jetzt auf einmal so radikal? Trotzdem sie das doppelte bis siebenfache eines Arbeitervereins-

Große Wahlrechts-Demonstrationen am Sonntag, den 1. November, auch in Bwidau und in Plauen stattf. Die Bwidauer Polizeibehörde hat ebenso handlos als die Dresdener die Plätze zur Demonstration freigegeben und sonstige Einwendungen nicht erhoben! Die Umzüge versprechen, einen großartigen Charakter anzunehmen. Uebrigens sind zum Sonntag in ganz Sachsen Wahlrechtsdemonstrationen geplant. — Die sächsische Regierung hat die Mitglieder der zweiten Kammer auch satt?

Reform der Arbeiterversicherung. Die Konferenz der Vertreter der Berufsvereinigungen, der Landesvereinigungen anstalten und der Arbeitnehmer über die Reform der gesamten Arbeiterversicherung, wurde von Staatssekretär des Inneren, von Bethmann-Sollnow im Beisein zahlreicher Vertreter des Reichs und der Bundesstaaten, eröffnet. Der Beratung liegen folgende Gesichtspunkte zu Grunde:

1. Die vielfach gewünschte Verschmelzung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung ist aus rechtlichen Gründen weder räumlich noch durchführbar.
2. Die bestehenden Körperschaften der Arbeitervereinigungen speziell der Berufsvereinigungen und Versicherungsanstalten bleiben daher als selbständige Träger erhalten.
3. Es liegt aber sowohl in ihrem Interesse, wie in demjenigen aller beteiligten Volksschichten, daß — unter Wahrung des Gesichtspunktes zur — der gesamte Aufbau der Arbeiterversicherung einheitlich und durchführbar gestaltet wird, daß dabei mehr als bisher zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern eine Fühlung hergestellt wird.
4. Zu diesem Zwecke sind die örtlichen Einrichtungen der Arbeiterversicherung, die zur Zeit auf die verschiedensten Stellen verteilt sind, zunächst bei einem gemeinsamen örtlichen Organ zusammenzufassen, dessen Funktionen auf dem Gebiete der Krankenversicherung hier unerörtert bleiben können auf dem Gebiete der Unfall-, Invaliden- und demnächstige Hinterbliebenenversicherung aber die eines „gemeinsamen“ Institutes zu sein haben.
5. Auch die für die Mittelinstanz geeigneten Geschäfte sind zunächst durch einheitliche Stellen zu erledigen.
6. Die höchste Instanz auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, bedarf noch mehr noch nach Uebertragung der entsprechenden Geschäfte der Kranken- und Hinterbliebenenversicherung im Interesse der ordnungsmäßigen und einheitlichen Durchführung ihrer Aufgaben bringend der Entlastung.
7. Damit indessen diese Entlastung nicht unter Schwächung der bisherigen Rechte der Versicherten erfolgt, bedürfen die untere und die mittlere Instanz der Verbesserung.
8. Damit ferner die Entlastung nicht auf Kosten der Rechtseinheit erfolgt, muß Sicherheit geschaffen werden, daß die Entscheidungen der höchsten Instanz in Rechts- und grundsätzlichen Fragen von den nachgeordneten Instanzen gebührend beachtet werden.

Beratung der Gewerbenovelle. Die acht Tage, die bis zum Wiederbeginn der Plenarverhandlungen des Reichstages noch zur Verfügung stehen, werden nur von der Kommission für die Gewerbenovelle ausgenutzt. Sie nahm Dienstag ihre Beratungen wieder auf.

Der Kaiser und die Seeräuber. Als etwas ganz Neues liest ein Wiener Blatt seinen Lesern auf, daß sich der deutsche Kaiser gelegentlich der Zusammenkunft mit König Edward im Sommer dieses Jahres als Gelehrter der Abführung zur See erwiesen habe, indem er englische Vorkämpfe, die sich in dieser Richtung bewegten, ablehnte. Ob an der tatsächlichen Erzählung des Wiener Blattes, daß England formelle Abstrichvorschlüsse gemacht und der Kaiser sie abgelehnt habe, etwas Wahres ist, läßt sich nicht nachkontrollieren, aber wer einen Blick auf die Entwicklung der Marine-Ausgaben seit dem Renouveaustritt des Kaisers wirft, braucht sich nicht erst durch mehr oder minder sensationelle Mitteilungen ausländischer Blätter darüber aufklären zu lassen, daß der Kaiser nicht an Abstrichungen bei der Flotte denkt.

Gegen Sozialdemokraten kann man sich das erlauben. Die „Eberfelder Freie Presse“ schreibt: „Alle Proteste der Presse, alle blamablen Satiren der Witzblätter, ja selbst der öffentlichen Meinung haben an dem Verhalten der maßgebenden Personen beim Strafpolizeibehörde noch nichts zu ändern vermocht. Er ist noch immer ernst beim Ueberhalten und kann bei dieser sinnreichen Verschlingung vielleicht bis zum 15. November, wo die Straube der Bekleidung schärft, verharren und sein abscheuliches Verbrechen der Polizeibekleidung abbüßen.“

So wird es wohl kommen. Ein Recht auf anständige Behandlung haben in Preußen eben nur Duellmörder und andere „bessere“ Verbrecher.

Die neue demokratische Partei. Die „Demokratische Vereinigung“ hat sich am Sonntag in einer Generalversammlung, die auch von auswärtigen Delegierten besucht war, endgültig als politische Partei konstituiert. Wie vom Vorstand mitgeteilt wurde, umfaßt die Partei gegenwärtig ganze 3000 Mitglieder. Neben der Organisation in Berlin und den Vororten bestehen demokratische Ortsgruppen in Aachen, Barmen, Breslau, Dortmund, Elberfeld, Erlangen, Frankfurt a. M., Köln, Nürnberg, Bregenzau und Auerwalde. In anderen Städten ist die Gründung neuer Ortsvereine vorbereitet.

Einer unserer Antiquare, Dr. Doffer — ein Chemiker Arzt und Hauptreferent im Wahlkampf gegen die Chemiker Ortskrankenkasse, der außerdem der Intimus der Expresser Schuberth und Rabe war — ist durch Schiedspruch des Rates der Stadt Chemnitz auf drei Jahre als Kassenarzt der Ortskrankenkasse ausgeschlossen worden.

Ein auffälliger Rückgang der kleinen selbständigen Handwerker wird im Jahresbericht der Konstanzer Handwerkskammer festgestellt. Seit 1901 sind die Betriebe von 9580 auf 9060 zurückgegangen, die größeren Betriebe dagegen sind von 1697 auf 1743 angewachsen. Die Steuerbehörde nimmt an, daß eine Anzahl als selbständige Handwerker gemeldete Landbewohner, die nur im Nebenamt ein Handwerk betrieben, wegen der herrschenden „Leutenot“ völlig zur Landwirtschaft übergingen. Die Berufs- und Gewerbeabläufe, deren Reinkate wohl bald veröffentlicht werden dürften, wird auch hier Klarheit bringen.

Es langt schon nicht mehr! Die von dem Verband sächsischer Industrieller ins Leben gerufenen „Gesellschaft zur Entschädigung der Arbeitseinstellungen“ hat bei der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände“ den Antrag gestellt, nach dem Ausfluß einer Trennung der Entschädigungen für Streikschäden und Aussperrungsschäden in der Weise stattfinden soll, daß am Jahresabschluss zunächst die Streikschäden voll gedeckt und der übrige gebliebene Rest für Ausperrungsschäden verwendet werden soll. Es werden zwei Gründe für diese Einschränkung vorliegen: erstens langt das Geld nicht und zweitens hat so mancher Unternehmer, der auf der Spitze stand, sobald eine Ausperrung inszeniert, um sich damit noch eine Zeit über Wasser zu halten.

Unzufriedene Professoren. Der „Vossischen Zeitung“ ist aus Unversitätskreisen eine Zuschrift übermittleit worden, in der einleitend gesagt wird:

„Die Vorlage für die Beamtenbesoldung, die in vielen Kreisen Befriedigung hervorruft, weckt bei den Unversitätskreisen nicht bloß Enttäuschung, sondern Entrüstung und Erbitterung. Sie bestreitet, was man mit Unrecht immer wieder bestritten hat, daß das Preussens Wilhelm II. für die Unversitäten, für die reinen Wissenschaften zumal, wenig, um nicht zu sagen, gar nichts übrig hat.“

Die Forderung von 500 M. wird als Trinkgeld bezeichnet, die Professoren haben mindestens auf eine solche von 1500 M. pro Jahr gerechnet. Herr von Rheinbaben scheint danach mit seiner Beamtenbesoldungsvorlage ein hohes Maß von Unanständigkeit anzugehen zu haben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Oktober.

Auf in die Versammlungen!

Heute und morgen finden noch zwei öffentliche Versammlungen statt, in welchen Genossin Emma Thier über interessante Themat referieren wird. Man beachte, wo und wann die Versammlungen stattfinden:

Heute, Mittwoch, den 28. Oktober im Dreifaltigkeitsaal bei Mübe, Gräbenerstraße 74.
Thema: Frauenarbeit und Frauenleben.

Donnerstag, den 29. Oktober im „Ballhof“
Schleierbergplatz 12. Thema: Die Frauen und die Stadtverordnetenwahlen.

In den Versammlungen, die für 8 Uhr Abends einberufen sind, folgt nach dem Referat selbstverständlich eine freie Aussprache.

Wemert sei, daß niemand gezwungen ist, im Saale etwas zu verzehren. Wer kein Geld oder keinen Durst hat, braucht auch nicht zu trinken.

Dreißig neue Schankgeschäfte vor dem Stadtschloß.

In der Sitzung vom 26. d. M. wurden wiederum 30 Schankgeschäfte verhandelt. Es waren fast ausschließlich kleine Wirtschaften und zwar solche, die in der Regel wöchentlich ein oder zwei „Schweinischlachten“ und „Buckl“ bezw. „Eibeln-Abendbrote“ veranlassen. Die Wirtin waren aus Scheitnig und aus der Gegend vor dem Sandtor. Aus der inneren Stadt war kein einziger. Durch die polizeiliche Kontrolle, die immer noch angelehrt wird, sehen sich die Leute gezwungen, um die volle Konzession einzufordern. Eine sonderbare Erscheinung ist es, daß von ein und derselben Straße gleich mehrere Restorations das gleiche Geschäft auf einmündelrunden Ansuchen stellen, ganz gleich ob sie vor kurzem erst mit ihrem Antrage abgewiesen worden sind oder ihr Geschäft erst eine kurze Zeit betreiben.

Der Stadtschloß muß, damit sich niemand benachteiligt fühlt, die Kontingenten einer Straße zusammen verhandeln. Da ist es eröblich, zu hören, wie ein Wirt die „Vorrede“ seiner Kneipe gegen die seines Nachbarn herauskriecht. „Ich schlachte in der Woche je zwei Schweine und habe auch mehr Gäste“, „bei dem“, sagt der andere, „verkahren ja nur Arbeiter, bei mir aber feineres Publikum“ usw. Der Vorsitzende muß die Petenten oft ermahnen, doch endlich über die Bedürfnisfrage sich auszulassen, alles andere interessiert den Stadtschloß nicht. Von der Michaelsstraße wollten vier Wirtin, Uhlisch, Grutke, Kobdentscher und Frau Piele, die volle Konzession. Berücksichtigt wurde Frau Piele, weil sie seit einer Reihe von Jahren ihr Lokal einwandlos gehalten hat. Vom Brigittenhof erhielt Herr Fischer die Konzession, von der Sternstraße Herr Korfawa, von der Kreuzstraße Weigl und Gernoth, von der Weinstadt wurden alle drei Petenten abgewiesen. Von der Michaelsstraße erhielt die Erlaubnis zum vollen Anschlag von der Restaurateur Stephan. Abgewiesen wurde auch der Restaurateur der Schreibergrärten in Alt-Scheitnig, ein Bedürfnis wurde nicht anerkannt. Es kommt noch eine Unmasse von Gesuchen zur Verhandlung.

* Ein Deckencinzug errignete sich am 26. Februar d. J. beim Erweiterungsbau am südlichen Schloßhofe und zwar war es die Befriede eines Rinderstalles, die nach Wegnahme der Stützen um Teil herabstürzte. Zwei Bauarbeiter wurden dabei schwer verletzt. Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich jetzt der Betonpolier Hermann Steinhauser vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Die Decke war vor Wehmanns v. J. eingeschalt und vorwärtsmäßig gelagert worden und nach bestehenden Erfahrungen hätte in der Zwischenzeit die Masse ausgetrocknet und fallbar sein müssen. Die Decke war aber an diesem Tage ohne Wissen des Poliers mit 300 Stück Ziegeln belastet worden und eine nachher vorgenommene Prüfung erab, daß die Betonmasse noch nicht die gehörige Festigkeit aufwies, was auf die unvollständige Witterung zurückzuführen war. Er wäre aber Sache des Poliers gewesen, sich vorher zu überzeugen, ob die Masse auch wirklich bereits die nötige Festigkeit erlangt hatte. Das Urteil lautete deshalb auf fünfzehn Mark Geldstrafe.

* Ein diebischer Postbote. Die Breslauer Straßammer verhandelte gestern wider den Postboten Paul Buchwald, der wie seinezeit gemeldet, im Auouft d. J. am Postamt I zahlreiche Briefschaften unterschlug. Er war dort mit dem Sortieren der Briefe beschäftigt, die von den andern Postämtern paketweise einliefen. Dabei hat er zahlreiche solche Briefe an sich gebracht, in denen er Wertgegenstände vermutete. Am 6. Angust übnete er sieben Briefsendungen und einige Tage später deren zwanzig. Außer Briefmarken waren ihm dabei auch andere Dinge, eine Korallenbroche, ein Schilgenabzeichen u. in die Hände gefallen. Die gestohlenen Briefe warf er dann in einen Abort, wo sie gefunden wurden. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Außerdem wurde ihm die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von zwei Jahren abgesprochen.

* Interessante Ausstellung. Die für den vom Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs ausgeschriebenen Wettbewerb für Photographien Breslaus eingesandten Blätter sind im Vortragssaal des Schleifens Museums der bildenden Künste seit gestern zur Ausstellung gelangt. Eintritt frei.

* Kunstgewerbemuseum. Eine Anzahl der Entwürfe, die bei der Konkurrenz um das Diplom für die Preissträger beim Schauspieler-Wettbewerb eingeleistet wurden, ist zusammen mit den preisgekrönten von Mittwoch, den 28. d. M. an im Lichtbofe ausgestellt.

* Bleibichs Stabliement. Das glänzende Oktoberprogramm bleibt nur noch vier Abende bestehen. Die Direktion ersucht uns, ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Nachmittags-Vorstellung am 1. November aus technischen Gründen unterbleiben muß; somit findet die nächste Nachmittags-Vorstellung erst am Sonntag, den 8. November, statt.

* Ein Glendobild bot sich gestern Abend gegen 9 Uhr vor dem Haupteisenbahnsteige 3/4 den Passanten dar. Dort lag ein dem Arbeiterhande angehörender, anscheinend obdachloser Mann auf der Erde in dem Torweg des bezeichneten Hauies. Eine große Menschenmenge wendete sich an dem betäubenden Anblick, ohne daß weit und breit ein Schutzmann zu finden gewesen wäre, der der Szene, die schließlich als eine Folge der herrschenden Arbeitslosigkeit zu betrachten ist, ein Ende gemacht hätte. „Göttliche“ Weltordnung!

* Ueberfahren. Am 24. d. Mts. hat ein radfahrender Schloßmeister auf der Michaelsstraße zwei spielende Kinder im Alter von 7 bezw. 6 Jahren überfahren. Sie erlitten Verletzungen an den Beinen und am Kopfe. — Am 23. d. Mts. wurde ein Versicherungsgesamt an der Kreuzung der Schloßbrücke und Oblauerstraße von einem Fleischermesser überfahren. Er erlitt eine erhebliche Verletzung und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. — Am 16. d. M. wurde ein Fußballspieler von der Dismarckstraße von einem Radfahrer überfahren und zu Boden geschleudert, wobei er Verletzungen am Arm und an der rechten Seite davontrug.

* Gejunden wurden: eine kleine Damendubr, mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein Wechsel über 172,95 M., eine Brosche mit Christusbild, ein silbernes Armband, Legitimationspapiere und ein Schloßschlüssel. — Ingekauft ist dem Tattler Madam Göynerstr. 6, ein Exterier.

Die Arbeitsverhältnisse der Schwarzarbeiter werden in einer Gewerkschaftsrevue geprüft, die gegenwärtig im Reichsamt des Innern ausgearbeitet wird und die dem Bundesrat im Laufe des Monats Dezember vorgelegt soll. Die Revue untersucht die Verhältnisse in familiärer und hygienischer Hinsicht, wobei die Arbeiter der Gewerkschaften in Betracht kommen. Den Unternehmern wird die Möglichkeit geboten, bei ihnen beschäftigten Schwarzarbeitern anzufragen, ebenso die Führung von Lohnbüchern. Man hofft, durch das neue Gesetz eine gute Statistik über die Lebensverhältnisse der Schwarzarbeiter zu erhalten, die die Grundlage für weiteren geeigneten Schutzmaßnahmen für die Schwarzarbeit bilden soll.

Sandtagsvorlagen. Dem Abgeordnetenhause sind die schon aus dem August bekannten Bestimmungen über die Neureorganisation des höheren Schulaufsichtswesens nebst den Bestimmungen über die Befassung der Frauen zum Universitätsstudium vorgegangen.

Studentische Opposition. Bei Beginn seiner Vorlesungen wurde der gematrigte Prof. Schilling lebhaft mit Gerärmel empfangen. Das Katheder war mit Girlanden und Blumen geschmückt. Der Gelehrte hielt eine Dankansprache.

Ausland.

Die Nationalstraßen in der Schweiz sind so ausgefallen, wie zu erwarten war: Anwachsen der sozialistischen Stimmten, trotzdem Niederlage der weißen unserer Kandidaten. Gewählt sind nur Dr. Studer in Winterthur, Scherrer in St. Gallen-Land, Pfarrer Eugster in Appenzell und Ferri in Tessin. Die letzte Wahl ist noch nicht einmal ganz sicher. Dr. Kistler (Basel) kommt mit noch einem anderen Genossen in die Stichwahl. Ebenso kommt Freulich in Zürich in Stichwahl. In Zürich war jedenfalls der Wahlkampf am heftigsten. Das Bürgerium hat hier gewaltige Anstrengungen gemacht, und es ist ihm auch gelungen die Sozialdemokratie nochmals zu schlagen. Eine raffinierte Wahlkreiseinteilung hat das ihre getan, um eine Politik der Gewalttätigkeit mit Erfolg durchzuführen. Stärker noch als vor drei Jahren, so man die Wähler mit dem Antimilitarismus Sozialdemokratie gründlich machte sind diesmal vier Wahlkreise. Bei der letzten Wahl hatten vier ihrer Kandidaten nur 15.600 Stimmen, und nur einer brachte es auf 17.000. während diesmal alle ihre alten Kandidaten es auf über 17.000 Stimmen brachten (Professor Zürcher kam auf 17.849 Stimmen). Über einen noch viel größeren Stimmenzuwachs haben unsere Genossen zu verzeichnen. Genosse Freulich, der vor drei Jahren mit Unterstützung der Christlichsozialen 13.540 Stimmen erhielt, brachte es diesmal auf nur 16.000, obwohl die Christlichsozialen Sonderkandidaten aufgestellt haben. Einen ähnlichen Stimmenzuwachs haben die übrigen Zürcher Kandidaten unserer Partei zu verzeichnen. Diese Tatsachen sind nicht geeignet, unsere Genossen zu entmutigen. Die Gegner haben ihre letzten Kräfte aufgewendet, und schon lassen sich Stimmen vernachlässigen, die eine andere Wahlkreiseinteilung fordern, wodurch der Sozialdemokratie einige sichere Kreise gegeben, andererseits aber auch die Bürgerlichen einige sichere in der Hand behalten würden. Man fürchtet auf der gegnerischen Seite nicht mit Unrecht, daß der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie bis zu den letzten Wahlen noch so folgern könnte, daß sie dann die ganze Mehrheit bräuen. Früher Wuttes müssen unsere Genossen in Zürich zur Stichwahl, sie hoffen bestimmt, den Genossen Freulich durchzubringen.

Die Tschechenkravalle in Prag. Anlässlich des Studentenummels am Dienstag kam es in Prag auf dem Graben zu großen Kravallen. Die deutschen Studenten wurden von einer nach Tausenden zählenden tschechischen Volksmenge angefallen. Ein Student wurde schwer, viele leichter verletzt. Die durch Gendarmerie verstärkte Polizei konnte nur mit Mühe die Ordnung wieder herstellen. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Deutschen beklagen sich, daß die Polizeiorgane, welche die deutschen Studenten ins Deutsche Haus drängten, sich an den Mithandlungen beteiligten und sich mehr gegen die Studenten als gegen die Tschechen wandten. Nach Sineidarmen, welche die Menge auseinandertrieben, 70 Gendarmen, welche die Menge auseinandertrieben. Daraufhin, wurden hier 700 Mann Gendarmerie vom Lande konfiguliert. Die strengsten Maßnahmen sind erteilt worden, damit weitere Kravallhandlungen verhindert werden. Bei Gelegenheit des Aufkommens wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Kurz nachdem die Gendarmerie-Abteilungen infolge der eingetretenen Ruhe vom Graben evakuiert waren, kam es dort 16. d. Mts. zu Zusammenstößen. Militär wurde requiriert, welches den Graben räumte. Der Graben blieb sodann abgeseperret.

Zur Balkanfrage. Der Großvezir Nisamet Pascha erklärte, daß auf der nächste Konferenz nur die bulgarische Angelegenheit verhandelt werden würde. Die Annerktion Bosniens und der Herzegowina deshalb nicht, weil Oesterreich-Ungarn und Deutschland die Konferenz nicht beschließen würden. — Der Abgeordnete Oppenheimer sprach in der österreichischen Delegation die Ueberzeugung aus, daß die Annerktion eines Teiles der englischen Presse in Wahrheit nicht der Stellung Oesterreich-Ungarns in den okkupierten Provinzen gelten, sondern vor allem seiner Haltung im Dreikönig. Alles Geschrei und Schimpfen gegen Oesterreich-Ungarn sei ganz unangebracht. Das England unter ähnlichen Umständen ein solches Land annerkt hätte (Zustimmung). Können kaum beabsichtigt werden. Oesterreich-Ungarn habe nur bekommen, was ihm gebühre. Die beiden türkischen Reaktionskräfte und Kamael wurden meane Aufhebung zur Revolte zum Tode verurteilt. Auch gegen sieben angebliche Missethäter, die als die Urheber des Mordes an Abdulkader gelten, soll auf Todesstrafe erkannt werden. Das internationale Komitee verlangt, daß der Sultan die Vollstreckung des Urteils befähigt.

Arbeiterbewegung.

Achtung, Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen! Bei der Firma S. Pappardt u. Co. in Frankfurt a. M. haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Lohnunterschieden die Kündigung eingereicht und sind gegangen, am Sonnabend in den Ausstand zu treten. Wir bitten, dies bei Arbeitsangeboten zu beachten.

Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M. Die Konföderation der Arbeit vor der Kammer. Die Deputierten Dehanel und Qualitz-Conti haben die Regierung über den revolutionären Syndikalismus interpelliert und Erklärung gefordert, was die Regierung gegen die antipolitische Propaganda der Konföderation zu tun gedenke. Die beiden Interpellanten nahmen nacheinander das Wort und forderben, der zweite mit etwas größerem Rhythmus und größerer Vitalität, die Auflösung der Konföderation. Der Arbeitsminister Violant antwortete für die Regierung. Er lehnte die Auflösung ab, die sich juristisch, politisch, sozial und wirtschaftlich nicht rechtfertigen lasse. Diejenigen, welche sich antimilitaristische Vergehen zuschulden haben kommen lassen, würden als Personen verurteilt. Uebrigens haben die beiden Redner nur die eine Tendenz des Syndikalismus hervorgehoben, nicht die andere, die den Methoden der englischen und deutschen Gewerkschaften gühre. Faures sprach die Hoffnung aus, daß der Ruf nach Auflösung der Konföderation nunmehr endgültig verstummen werde, und griff die Regierung heftig an, indem er ihr alle die Verfolgungen vorhielt, die sie gegen die Konföderation unternommen hat. Die Kammer nahm hierauf eine Tagesordnung, die Gerault Richard und Genossen der Regierung apporriert hatte, mit 87 gegen 60 Stimmen an.

Wann, von der Regierung anerkannt ist, eine Gewerkschaft auf dem Wege der Bildung mit seinen Mitgliedern in die Gewerkschaftliche Bewegung und unter der Führung seiner Personalien in Kraft gekommen.

Die Deputierten Dehanel und Qualitz-Conti sind in der Nacht von Sonntag zu Sonntag drei Stunden in der Kammer verbleiben, um in die Räume zu gelangen und sich dabei so stark die Hand verletz, daß ganze Blutlappen in den Händen zu finden waren. Im Kontorraum fand er den Gehilfen offen und darin nicht zu finden; er schloß daher auf Nacht das Kontor auf und nahm den Schlüssel mit sich. — In das Kontor auf den Grundboden 8/7 hat der Einbrecher die Tür zum Kontor gewaltsam erbrochen und darauf sich an den Geldschrank gemacht, von dem er oben die Decke abhob, darauf die darunter liegenden Kisten aufbrach und dann die Decke des Innenraums gewaltsam einschlug. Er fand darin aber auch nur zwei Wechsel über 100 und 120 M., die ihm gewiss nicht nützen können. Darauf hat der Dieb einen Schreibstisch erbrochen und daraus einen Krommelkorb, ein schwarzes Kleiderbügelband 20/22 hat der Einbrecher nur die Tür zum Kontor erbrochen, aber nicht weiter gekloht, wahrscheinlich weil er gefürchtet worden ist.

Neueste Nachrichten.

Wilhelm II. und England.

London, 28. Oktober. (S. T. B.) Daily Telegraph veröffentlicht heute Morgen eine drei Spalten lange Erklärung, welche Kaiser Wilhelm einem früheren Deputierten gegenüber, der sich ins Privatleben zurückgezogen hat, gemacht haben soll. Der Kaiser hat darnach unter anderem geäußert, er habe in Folge seiner, als er nur konnte, in seiner Rede in der Guldbad-Gesellschaft, daß sein Herz für den Frieden sei und daß es sein wichtigster Wunsch wäre, mit England die bestmöglichen Beziehungen zu unterhalten. Falls die Natur und die Lage seiner Natur zu wider. Diese Tatsache spreche für sich selbst, aber ein Teil der englischen Presse harrte auf solche Tatsachen, welche sie falsch auslegen und denen eine andere Bedeutung geben kann. Der Kaiser betrachtete diese Haltung als eine persönliche Beschimpfung. Er sage es immer und immer wieder, daß er ein Freund Englands sei. Die englische Presse fordere aber das Volk auf, die Hand, welche er entgegenstecke, zurückzuziehen, weil angeblich die andere Hand des Kaisers den Dolch umfaßt halten soll. Wie könne er eine Nation gegen ihren Willen überzeugen. Er kämpfe ohne Unterbrechung für bessere Beziehungen zwischen beiden Völkern und die englische Presse habe fort, zu erwidern, daß er ein Feind Englands sei. Was hat? Der Kaiser ergriff sich alsdann über verschiedene Fragen, welche in Deutschland und England in diesem Zusammenhang hervorgehoben haben und erklärte schließlich, Deutschland müsse sich auf Ereignisse vorbereiten, deren Schauplatz der äußerste Orient werden könne. Aus diesem Grunde befinde sich Deutschland einer starken Flotte.

Belagerungszustand in Prag.

Prag, 28. Oktober. (S. T. B.) Infolge der neuerlichen Zusammenstöße zwischen deutschen und tschechischen Studenten hat die Regierung den Ausnahmezustand verhängt, um die Fortdauer der Ausschreitungen zu verhindern.

Prag, 28. Oktober. (S. T. B.) Wegen der Verhängung des Ausnahmezustandes über Prag, zu der Minister von Bed die kaiserliche Vollmacht bereits besitzt, steht ein scharfer Konflikt im österreichischen Ministerium bevor. Zu einer solchen Maßnahme der Regierung ist der einstimmige Beschluß des Ministeriums nötig, doch weigern sich die Minister Döglner und Braschel, ihre Unterschrift hierzu zu geben. Da aber Baron Bed fest entschlossen ist, bei Wiederholung der Exzesse den Ausnahmezustand zu verhängen, so ist es möglich, daß die beiden tschechischen Minister in allerdingster Zeit demissionieren. Die Entscheidung hängt von den Vorgängen in Prag ab. Von der Absicht der Regierung wurde der Prager Stadtrat in Kenntnis gesetzt.

Prag, 28. Oktober. (S. T. B.) Die Ausschreitungen fanden nachmittags ihre Fortsetzung. Ein deutscher Student wurde betnahe klopriert. Zwei Studenten beschlefen dort den Augen der Polizei Messerstücke. Ein Student wurde auf dem Wege zum Gemischten Institut beim Durchschneiden eines Durchlaufes erkrankt; man mihandelte ihn und warf ihn zu Boden. Ohnmächtig wurde er ins Krankenhaus geschafft. Die Polizei drang in das deutsche Kasino ein und verlegte einige Studenten. Nach 12 Uhr erschienen Gendarmen. Als auch diese versagten, wurde Militär herbeigerufen. Dies beschlehte das Deutsche Haus und die Krakauer Straße. Garab Bernhardt kostierte Abends im Deutschen Theater unter dem Schutze der Balonette. — Der Patriotismus in Böhmen ist selbst hervortragend.

Landtagswahlen in Oesterreich.

Zriesl, 28. Oktober. Im dritten Wahlbezirk wurde für den Prager Landtag Dr. Agostino Nitossa (Sozialdemokrat) gewählt.

Zur Zepelinfahrt.

Friedrichshafen, 28. Oktober. (S. T. B.) Prinz Heinrich sagte nach der Fahrt zum Großen Zepelin: Ich habe schon lange die Lustigkeit für vortrefflich gehalten, aber jetzt bin ich mehr, als ich sagen kann, überwältigt. Ich werde sofort meinem kaiserlichen Bruder den schönen Erfolg telegraphieren.

Sofia, 28. Oktober. (S. T. B.) Die Vertreter der Mächte werden der Verlesung der Thronrede bei der Eröffnung der Sobranie beimohnen. Die Thronrede wird ein längeres Exposé über die Lage enthalten, die Unabhängigkeitserklärung rechtsfertigen und das Proqramm Bulgariens anknüpfen.

Warschau, 28. Oktober. (S. T. B.)

Hier fanden angeblich wegen polnischer Umtriebe neuerdings Massenverhaftungen statt. Unter den Verhafteten befindet sich auch der bekannte polnische Schriftsteller Jeromski und der Advokat Dr. Stanislaus Rejniski.

Briefkasten.

M. in B. und R. in Gr. Ueber die Fremdenversammlungen berichten wir im Zusammenhange noch einmal.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 28. Oktober: Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 29. Oktober: Bauhilfsarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im großen Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Diskurs- und Bezirksführer! Mittwoch, den 28. Oktober u., Abrechnung der Diskursführer im Parteisekretariat.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

am Markt. Rosenthal. Sonntag, den 1. November, früh 10 Uhr: Jahrtag bei Bödel.

Beamtlicher Redakteur: Gustav Hoff. — Redaktion und Druck: Bau-Verlagsdruckerei. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Th. Schödt & Co. — Druck in Breslau.

Stadt-Theater.

Mittwoch, 7 Uhr:
„Die Meisterfinger von
Hürberg“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Trabiat“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Tiefland“.

Lobe-Theater.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Die blaue Maus“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Der fidele Bauer“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Die blaue Maus“.
Die Ausgabe der verheirateten Mütter
für die zwei ersten Aufführungen der
Operette „Die Dollarbrüder“ (Sonntag-
abend, den 31. Oktober, und Sonntag,
den 1. November) findet heute Mittwoch,
nachts von 3-5 Uhr, im Kassenlokal
des Stadt-Theaters statt.

**Volks-Vorstellungen
im Thalia-Theater.**

Mittwoch:
Gruppe C. 1. Vorstellung:
„Das Leben ein Traum“.
Freitag:
Gruppe D. 1. Vorstellung:
„Das Leben ein Traum“.
Donnerstag: Humboldt-Verein.
Voll-Vorstellung:
„Emilia Galotti“.

Schauspielhaus

Mittwoch, 8 Uhr:
„Der Fürst von Marokko“
Donnerstag, 8 Uhr:
„Der Fürst von Marokko“.

Liebig's Etablissement.

Nr. 1. Theater:
12 Debuts.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

**Gastspiel:
Blatzheim.**
Ferner:
5 neue Attraktionen. 5
Anfang 7 1/2 Uhr.
Bons wochentags gültig.

Zeltgarten.

Dir. H. Krausik.
11. u.
Gastspiel Mr. Nordini
der in der ganzen Welt sensationell
erregende
Entfernungsfunktion.
nach dem archaischen Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Palmengarten.

Dir. H. Krausik.
Oktoberfest
a la München.
2 Kapellen.
Entree frei!

**Breslauer
Konzerthaus.**

Donnerstag, den 29. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr:

**Grosses
Grammophon-Konzert**

mit Überraschungen.
Neues Programm.
Billets im Vorverkauf: 20 Pl. Loge
30 Pl.; an d. Kasse 30 Pl. Loge 40 Pl.
Vorverkauf nur bei
Carl Sackur, Ring No. 54.

Pianos,

Flügel u. Harmoniums
größte Auswahl, jede
Preiskategorie, Miet-,
Reparaturen, Stimmung.
Georg Neumann
BRESLAU, Neue Graupenstr. 13.
3897

Ich kaufe geb. Möbel
für Möbel, Porzellan, Eisen, Holz, Kunst-
stoffe, Glas, etc. etc. etc. etc. etc.
51577 **Wahner, Gartenstr. 36.**

**Wichtig
für Möbelfäufer!**

Recht und gut gearbeitete
Möbel- u. Polsterwaren
in allen Preislagen empfiehlt
Zwolanowski,
jeht: Breitestr. Nr. 3,
Eingang Weiße Ohle.
Besuchen Sie die Preise in meinen
3 Schaufenstern.

Humboldt-Verein.

Donnerstag, 29. Oktober, abds 8 Uhr
im gr. Saale v. Bräuer's Brauerei,
Gablitzstr. 22,

Vortrag:

„Eine Reise nach Ceylon mit dem
Norddeutschen Lloyd.“
Mit ca. 60 Lichtbildern.
Eintritt frei!

Zu Grogg u. Tee:

ff. echte Jamaica-Rume,
Batavia-Arac und Verschnitt,
hochofeine Punsche.

Spezialitäten: 2001
Schlummerpunsch,
Arapunsch,
Burgunderpunsch,
Rumpunsch,
Rotweinpunsch,
Cognacpunsch,
Fruchtweinpunsch
Sherrypunsch,
Ananaspunsch,
Kaiserpunsch,
Viktoriaunsch,
Germaniapunsch,
ff. echte franz.
Cognacs
und deutsche
Verschnitte.

**hochofeine Tafel-
Liqueure u. Cremes,**
ff. alt. Breslauer Korn,
ganz alten Weinkorn.

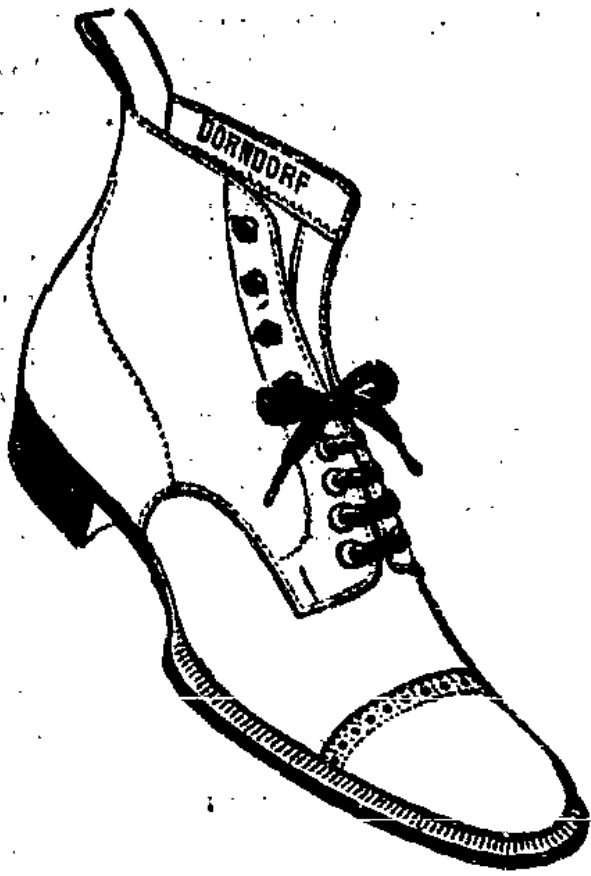
Seidel & Co., Breslau.

Fillialen: Ring 27 u. Altbücker-
ohle 13. Fabrik u. Detailverk.:
Tiergartenstr., auch Lutherstr.

Wer raucht noch nicht die

**„Kleinen
Sachsen?“**

Zigarette. 1000
Seite 2 u. 3 Pf.-Zigarette.



Der

Ausverkauf

der infolge Einführung von Einheitspreisen in unserer Ver-
kaufsstelle, Ohlauerstrasse 18, überzählig gewordenen Artikel
in den Zwischenpreislagen vorjähriger Fassons und verschiedener
unmoderner Dessins, Muster- und Fensterpaaren findet zu
bedeutend ermässigten Preisen nur in unserer Filiale
Schmiedebrücke 46/47 statt.

Wir bemerken ausdrücklich, dass dieser Ausverkauf
nur einmal stattfindet und **nur kurze Zeit dauert.**

Die Preisermässigung beträgt **10-50 Prozent.**

Dorndorf.

5017

**Der
Kaufmann von Venedig**
Eustspiel von W. Shakespeare.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.



Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
**Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarth, etc**

Ein wahres Wunder

scheint der Waschprozeß mit Persil — das
neueste und vollkommenste Waschmittel der
Gegenwart. Seine Waschkraft ist geradezu staunenerregend.
Ohne Seife und Soda, ohne Waschbrett, Reiben und
Bürsten, selbst ohne zweites Kochen, nur durch Hinzutun von

Persil allein, also ohne **Wäsche**
jede Mühe und Arbeit wird die

dauernd blendend weiß, ohne sie im geringsten anzugreifen.
Garantiert chlorfrei, unschädlich und gefahrlos!

Wir vergüten jeden Schaden, der nachgewiesenermaßen selbst
bei falscher Anwendung durch Persil entstanden sein sollte.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**
auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda

**Tasmatzi-
Cigaretten**

Unerreichte Qualität! Grösste Verbreitung!

Pol mit Mundstück	1 Pfennig
Lucas mit Mundstück	1
Uncas mit und ohne Mundstück	2
Uncas Marine mit und ohne Mundstück	2
Rimas mit Mundstück	3
Ramos mit und ohne Mundstück	3
Eines Gold	3-5
Ptee u. Mundst. o. Mundst. u. Gold	4-25

**Wer ein Fahrrad
kauft,**

tut dies immer am vorteilhaftesten in einer
Fabrik seines Wohnortes, weil er dann
am schnellsten und preiswertesten alle Repara-
turen und Ersatzteile erhält.
Die einzige in Breslau existierende
Fahrradfabrik ist diejenige von 3126

Max Kluge,
Nr. 4/6, Garrisgasse Nr. 4/6,
die neben ihrer eigenen vorzüglichen und preis-
werten Produktion noch die General-Ver-
tretung der weltbekannten Styria-Fahrrad-
werke Graz und der Vielesfelder Maschinen-
fabrik vorm. Dürkopp & Co. besitzt.

Kredit!

Anzahlung Nebensache.
Abzahlung nach Wunsch.
Möbel einzelne Stücke —
ganze Einrichtungen
Anzüge, Ueberzieher,
Kinderwagen, Betten,
Teppiche, Gardinen usw.
Max Biermann,
Breslau, Ring 52, 1. Stg.
neben der Stadtgasse.
Filiale: Waldenburg
i. Schl.
Auch nach
aus-
wärts.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung, Dienstag, den 27. Oktober, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Niemand.

Zunächst erfolgt die Vereidigung der bisher noch nicht vereidigten Mitglieder des Hauses, darunter der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Es folgt die Beratung des Antrages von **Soja** (Soz.) auf Festsetzung des Abg. **Liebnecht** (Soz.) für die Dauer der Session.

Abg. Girsch (Soz.): Die Vorgänge, die zu unserem Antrag geführt haben, werden Ihnen bekannt sein. Unter Kollaterale Liebnecht hat im vorigen Jahre eine Broschüre über den Militarismus geschrieben, auf Grund deren der Staatsanwalt Klage gegen ihn erhoben hat. Er wurde dann zu einer Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren verurteilt. Das Gericht erklärte an, daß eine ehrlöse Gesinnung bei ihm nicht vorliege. Am 24. Oktober vorigen Jahres hat Liebnecht keine Strafe angetreten, er würde also, falls er nie ununterbrochen zu verurteilt hat, in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in dieser Session voraussichtlich gar nicht teilnehmen können. — Es entsteht nun die Frage, was wichtiger ist: ob ein Abgeordneter die Möglichkeit hat, sein Mandat auszuüben, oder ob die Staatsgewalt ihren Strafanpruch geltend machen kann. Gilt man das erstere für wichtiger, so muß man unbedingt dazu kommen, unsern Antrag anzunehmen. Die Justizbehörde steht freilich auf einem anderen Standpunkt. Zum Beginn der vorigen Session hat Liebnecht an den Oberreichsanwalt des Antrags gestellt, ihm Urlaub für die Dauer der Session zu erwähren. Dies Gesuch wurde abgelehnt. In dem Ablehnungsschreiben hieß es: „Das Gesuch wird abgelehnt, da ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafhaft nicht vorliegen. Ich bitte dies dem Liebnecht zu eröffnen. Oberreichsanwalt Kowitzer.“ Der Liebnecht wandte sich hierauf an den Reichsanwalt und erhielt vom Staatssekretär Lieberding ein Schreiben, daß zu einer Milderung des vom Oberreichsanwalt erteilten Beschlusses kein Anlaß vorliege. Eine solche Unterbrechung könne nur aus Willkürgründen bei schweren, außerhalb des Strafwerkes liegenden Nachteilen für den Verurteilten oder seine Familie gestattet werden, und dieser Grund liegt hier nicht vor. Der Herr Staatssekretär schlägt also offenbar das Interesse, das die Wähler des Abgeordneten daran haben, ihre Interessen durch ihn vertreten zu sehen, sehr gering an. Diese Antwort der Justizbehörde ist um so bedauerlicher, als Präzedenzfälle vorliegen, in denen aus ganz nichtigen Gründen Festungsgewangen Urlaub erteilt worden ist. So hat z. B. ein Hofkapitular Urlaub erhalten für eine Vorstellung (Hört, hört! bei den Soz.), ein anderer Festungsgewangener zur Teilnahme an einem Feste (Hört, hört!), Graf Wäcker wurde beurlaubt, um in Berlin Volksversammlungen abhalten zu können. Danach würde zweifellos Liebnecht auch Urlaub erhalten haben, wenn er nicht gerade sozialdemokratischer Abgeordneter wäre. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Wahrnehmung der Geschäfte als Volksvertreter dürfte doch weitwichtiges wichtiger sein, als die Teilnahme an einem Feste. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Was die rechtliche Seite der Frage betrifft, so hatten meine Freunde neulich die Ansicht, welchen Nachdruck mit dem Hinweis auf § 84 der Verfassung zu bewahren. Es war uns nicht möglich, einen so formulierten Antrag anzunehmen, weil wir hierfür nicht die nötige Anzahl von Unterzeichnungen bekamen. Wir wußten deshalb diesen Hinweis aus dem Wortlaut des Antrages herauszulassen, erklärten aber ausdrücklich, daß wir noch wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß der Staatsausschuß durch Artikel 84 der Verfassung gebunden ist. Dieser Artikel sagt in seinem entscheidenden Absatz, daß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer, daß jede Unterbrechung oder Zwang für die Dauer der Sitzungperiode aufgehoben wird, wenn die betreffende Kammer das verlangt. Es fragt sich dabei nur, was ist unter „Strafverfahren“ zu verstehen. Man behauptet, daß nicht das Strafverfahrensverfahren, sondern lediglich das Strafverfolgungsverfahren unter dem Begriff des Strafverfahrens falle. Unter Strafverfolgung aber den Begriff des Strafverfahrens nicht, man kann daher sehr wohl unter diesem Ausdruck beide Arten des Verfahrens verstehen. Ein Jurist ist in einem Artikel des „Berl. Tageblatts“ zu demselben Schluß gekommen. Er ist der Ansicht, daß, wenn auch keine positiven Bestimmungen darüber vorliegen, doch zweifellos eine Rechtsvorschrift des Abgeordneten zur Teilnahme an den Verhandlungen der Kammer bestehe. Die Kammer hat ein Recht auf Anwesenheit jedes Mitgliedes, aber auch jedes Mitglied hat ein Recht auf Anwesenheit in der Kammer, alsbald wie die Kammer seine Anwesenheit begehrt oder nicht. Bei der Schaffung der Reichsverfassung wurde ein

Antrag gestellt, der ausdrücklich verlangte, daß der Reichstag das Recht erhalte, auch die Aufhebung der Strafhaft zu fordern. Dieser Antrag wurde abgelehnt, aber nur, weil die Reichsverfassung ohnedies so anzulegen sei. Die Reichsverfassung ist in diesem Punkte der preussischen Verfassung nachgebildet, also wird man auch in Preußen dem Parlament das Recht zusprechen müssen, die Aufhebung der Strafhaft zu verlangen. Als im Jahre 1879 Wilhelm Liebnecht rechtskräftig verurteilt war, ließ ihn die Staatsanwaltschaft gleichwohl während der ganzen Dauer der Session unbehelligt in Berlin. Die Behörden haben also früher hierzu auch einen toleranten Standpunkt eingenommen. Der Reichstag hat sich allerdings stets auf den reaktionären Standpunkt gestellt, daß eine Strafhaft nicht unterbrochen werden könne. Aber einflussreiche Parteien, auch das Zentrum unter Windthorst' Führung haben stets den Standpunkt geteilt, auf dem wir heute stehen. Im Abgeordnetenhause liegt ein Präzedenzfall bisher meines Wissens nicht vor, es ist also frei in seiner Entscheidung.

Wenn es nach den Buchstaben der Verfassung verfährt, kann es unseren Antrag ablehnen, es muß ihn aber annehmen, wenn es sich vom Geiste der Verfassung leiten läßt — vergehen Sie, daß ich vom Geiste der preussischen Verfassung spreche. (Heiterkeit.) Gegenüber der Frage: Preußen in Deutschland voran und Deutschland in der Welt voran! müssen wir auch hier feststellen, daß in Bezug auf die Rechte der Abgeordneten Preußen weit hinter den Kulturländern zurücksteht. Das österreichische Abgeordnetenhause hat wiederholt die Unterbrechung der Strafhaft während der Session verfügt, ebenso die belgische Kammer. Und selbst, wenn die Regierung sich geweigert hat, dem nachzukommen, wie in Dänemark, haben die Parlamente an ihrer Forderung festgehalten. Vom preussischen Abgeordnetenhause muß ich allerdings eine Ablehnung unseres Antrages befürchten. Hat es sich doch in der vorigen kurzen Session geweigert, ihn überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Ja, im Vorjahre, als wir zu unserem Veranlassen hier noch nicht vertreten waren, erwähnte ein Abgeordneter der Rechten den Namen Karl Liebnecht und sagte hinzu: „Leider auf Festung.“ Er behauptete aber nicht etwa, daß jemand wegen seiner politischen Gesinnung bestraft worden war, sondern erläuterte diese Bemerkung dahin:

„Ja, ich wünschte ihn noch ganz wo anders hin!“

Jemandem ins Buchhaus zu wünschen, weil er seinen politischen Anschauungen Ausdruck gegeben hat, das ist eine Verhöhnung, für die ich einfach kein Verständnis habe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Karl Liebnecht wird leicht darüber hinwegkommen, denn das Urteil des Reichsgerichts und die Urteile der Ehrengerichtshöfe sind für ihn eine glänzende Anerkennung. Die Berliner Anwaltskammer hat unter dem Vorsitz des verehrten Vizepräsidenten Krause ausdrücklich festgestellt, daß Karl Liebnecht keine Schrift lediglich aus politischen Motiven verfaßt und nichts anderes bewirkt hat, als nach seiner besten Überzeugung dem Volkswohl zu dienen. Sie hätte hinzu, daß seine berufliche Integrität und sein persönliches Leben durchaus in auctoritate seien. Die Antragsbehörde hat sich dabei nicht bemüht, sondern ist an die zweite Instanz gegangen, weil sie durchaus auch Liebnechts wirtschaftliche Existenz vernichten wollte. Auch der Ehrengerichtshof in Leipzig hat erklärt, daß Liebnecht nicht als ehrlös behandelt hat.

Der höchste Richter aber, das preussische Volk.

hat Karl Liebnecht geradezu mit Ehren überhäuft. (Nachen rechts.) Es hat den „Vogelsteller“, den der Oberreichsanwalt ins Buchhaus schicken wollte, dem er beantragte, die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre abzuerkennen, wenige Wochen danach mit überwältigender Mehrheit in die Stadtverordnetenversammlung und in das Abgeordnetenhause gewählt. Die Wähler von Berlin II erheben jetzt den Anspruch, daß ihr Abgeordneter die Möglichkeit erhält, sie hier auch wirksam zu vertreten. Wir verlangen kein Privileg für den Gemohnen Liebnecht, sondern nur ein Recht. Ich vermute Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß dieses hohe Haus in den weitesten Kreisen des preussischen Volkes sich seiner besonderen Beliebtheit erfreut. (Vehementer Widerspruch rechts.) Wir geben Ihnen mit unserem Antrage die Gelegenheit, Ihre Popularität zu verbessern und hoffen, daß Sie sie benutzen werden. (Heiterkeit und Beifall bei den Soz.)

Abg. Kretsch (Konservativ):

Die Behauptung, daß preussische Volk habe den Abg. Liebnecht mit Ehren überhäuft, ist eine merkwürdige Verkennung der Tatsachen, die man nur mit Bedauern anerkennen kann. Mir ist es nicht bekannt, daß das preussische Volk über Karl Liebnecht ein Verbot verhängt hätte, und wenn einzelne Kreise den Abg. Liebnecht wählen, so ist das seine Ehre, sondern nur — überaus bezeichnend — für solche Wähler. (Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) ruft: Das ist viel bezeichnender für Ihre Wähler!) Herr Hoffmann erhebt also recht unangemessen die dröhnlichen Bemerkungen, die er früher in den Reichstagen eingebracht hat. — Die Kernfrage der Sache selbst ist

einfach die, ob die Verfassung auch auf Sozialdemokraten anwendbar sein soll, oder ob die Sozialdemokratie legitim solutus ist, ob sie in der dem Gesetze steht. Artikel 84 der Verfassung besagt ganz klar, daß nur Zivil- und Unterbrechungsstrafe, aber nicht Strafhaft unterbrochen werden soll. Von diesem verfassungsmäßigen Standpunkt, den auch der Reichstag einnimmt, werden wir uns nicht einmütig ablenken lassen. Der Abg. Liebnecht sen. hat am 21. November 1874 im Reichstage gesagt, daß er die Überzeugung der Majorität teile, daß nur das Strafverfahren und die Unterbrechungsstrafe, aber nicht die Strafhaft unterbrochen werden müßten. Diese juristisch ganz einwandfreie und schlagende Debatte des Abg. Liebnecht sen. wird der Abg. Liebnecht jun. gegen sich gelten lassen müssen. (Hört, hört! rechts.)

Unser Votum zu der Sache steht also fest. Wenn nicht noch wichtige Gründe von einer anderen Partei für eine Kommissionsberatung vorgebracht werden, können wir auch für eine solche nicht eintreten; andernfalls werden wir dafür stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Noeren (Zentrum):

Wir haben gewiß alle den Wunsch, daß keiner von uns verhindert ist, an den Verhandlungen dieses Hauses teilzunehmen. Aber nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung können wir nicht anders, als den uns vorliegenden Antrag abzuweisen. Nach der Begründung des Antrages hätte auch eine Kommissionsberatung für überflüssig. Herr Girsch hat selbst die Festsetzung des Abg. Liebnecht nicht als einen Rechtsanspruch auf Grund des Artikels 84 hingestellt, sondern er hat als Absicht des Antrages bezeichnet, daß das Abgeordnetenhause über den § 84 der Verfassung hinaus eine Bitte auf Festsetzung des Abg. Liebnecht an die Staatsbehörde zu richten hätte. Danach können wir auch ohne Kommissionsberatung zur sofortigen Ablehnung des Antrages kommen, falls nicht etwa eine andere größere Partei eine Kommissionsberatung für notwendig hält. Was den Fall Noeren anlangt, so hat die Mehrheit des Reichstages sich damals ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß der Schutz des § 31 der Verfassung — hier des § 84 — sich auf eine Verhängung zum Zwecke der Strafverfolgung nicht erstreckt. (Hört, hört! rechts.) Der verlorene Abgeordnete Liebnecht kam übrigens gerade auf Grund der Entschuldigungsentscheidung des § 31 der Verfassung zu der Ansicht, daß unter dem Ausdruck „Strafverfahren“ in diesem Paragraphen die Strafverfolgung nicht zu verstehen sei. (Hört, hört! rechts.) Ein Rechtsanspruch auf Festsetzung des Abg. Liebnecht besteht also nicht. Wenn wir trotzdem diesem Antrage zustimmen würden, so würden wir damit eine Bitte an die Regierung richten, dem Abg. Liebnecht eine besondere Vergünstigung zu bewilligen. Das hätte ich im Hinblick auf die Konsequenzen für äußerst bedenklich. Wir könnten einer solchen Bitte gar keinen Nachdruck verleihen und es wäre so, als ob die diskretionären Ermessen der Regierung überlassen, ob sie einen Abgeordneten aus der Post entlassen will oder nicht. Ein solches Vorgehen entspricht nicht dem Ansehen des Hauses. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Friedberg (Nationalliberal):

Auch wir halten eine Erleichterung des Antrages im Plenum für durchaus möglich, da unter Strafverfolgung keine Handhabe liegt, um eine Festsetzung des Abg. Liebnecht zu verlangen. Darüber hinaus eine Bitte an die Regierung zu richten, kann haben auch wir keine Veranlassung. Die Fälle, die Herr Girsch angeführt hat, können für uns nicht maßgebend sein; die Verantwortung für die Fälle trifft lediglich die Regierung. Trotzdem sind wir dafür, daß der Antrag an die Geschäftsordnungskommission verwiesen wird. Die Frage kommt zum ersten Mal an uns und hat doch erheblich rechtliche und politische Konsequenzen. Es ist klar, daß wir in der Zukunft öfter in die Lage kommen werden, uns mit solchen Anträgen zu beschäftigen (Heiterkeit rechts), und es ist daher angebracht, daß die Geschäftsordnungskommission Grundlagen für eine konstante Praxis in dieser Frage festlegt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bierck (Kons.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

Abg. Träger (Freisinnige Volkspartei):

Da ich ein Gegner der Doppelbestrafung des Hauses durch Neben hin, verziehe ich auf längere Ausführungen. (Heiterkeit.) Meine Freunde werden für den Antrag des Abg. Friedberg auf Kommissionsberatung stimmen, damit in der Kommission über den vorliegenden Antrag hinaus die Tragweite des Artikels 84 der Verfassung eingehend geprüft werden kann. Es ist ein Fortschritt, zu glauben, daß es sich hier um eine juristische Frage handelt; es handelt sich vielmehr um eine Frage von weitgehender politischer Bedeutung. Ich habe in früheren Jahren, als ich noch reizbarer war, mich auch mit den Herren über die Auslegung der Verfassung herumgeprügelt; aber schließlich habe ich mich resigniert. (Hört, hört! links.)

Max Feinzel.

Geb. 28. 10. 1833; gest. 1. 11. 1898.

Am heutigen 28. Oktober hätte der letzte unserer heimatischen Dialektdichter-Drucke aus älterer Zeit — Holtei, Köbler, Feinzel — die Wiederkehr seines 75. Geburtsjahres (geb. zu Dillig, Kreis Striesau) begehen können, wenn er nicht bereits vor zehn Jahren zu Schwelms gediehen wäre.

Mit Max Feinzel ging eine gemütvollere Portennatur und nicht zum mindesten ein biederer Landsmann unserer Heimat dahin, der des Dichters Sorgenlos genügt haben konnte gelernt hatte, denn er oftmals in seinen Werken Ausdruck verlieh. Aber auch seine kindliche Freude und vor allem die sprichwörtlich gewordene Gemütslichkeit seiner Vondskente kommen in manchen seiner Lieder zum herlichen Ausdruck. Und wie liebte er seine kleine Heimat! Singt doch der bekanntlich durch die Bewohner der Pöberbühler Rechte Dichter, dem zu Ehren man eine Festkomposition im Mielingebirge „Feinzelsteine“ benannte, folgenden Vers:

„Nach Schlesiens Feinzel zog es mich, nach seinen grünen Au'n, zu seinen biederen Männern, zu seinen holden Frauen.“ — Von dir, von dir, von dir, so lieb ich dich, so lieb ich dich und Land: Mein Schlesiens, mein Schlesiens, mein trauriges Heimatsland.“

In seinen Wanderungen ansah er so gern der Natur; davon zeugen viele der humorvollen Gedichte; wir nennen da u. a. „Die Frösche“. Feinzel war kein Frömmling, wohl aber religiös, war er doch in frühen Jahren zur Theologienlaufbahn bestimmt, während er selbst zur Bühne wollte. Schließlich wurde er Privatlehrer in drei, erlichen und adeligen Familien. Ende der sechziger Jahre übernahm er die Leitung einer Theatertruppe in Berlin, weil diese jedoch nicht prosperierte, wurde er Theaterkritiker und parlamentarischer Berichterstatter für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. In diese Zeit fällt auch die Herausgabe seiner ersten hochdeutschen Gedichtsammlung „Aus Herzog Grund“, die in einem Breslauer Verlage erschienen war. Auf einem kurzen Aufenthalt in Kopenhagen wurde er mit dem bekannten Mächtigsten Andersen befreundet; die Folge dieser Freundschaft war, daß er 1878 eine Anzahl Übersetzungen aus dem Dänischen als Buch: „Ohne Titel“ veröffentlichte. In den folgenden Jahren sehen wir Feinzel an verschiedenen Provinzialblättern als Redakteur tätig, so u. a. am „Norddeutschen Hausfreund“, dem „Waldenburger Wochenblatt“, dem „Reichenbacher“ und dem ehemaligen „Schwabischen Tageblatt“. Aus Gesundheitsrücksichten sah er sich gezwungen, nach einiger Zeit diesen aufsehenden Beruf zu entlassen; er widmete sich insolge dessen völlig seiner Muse in jener naturbeladene Stadt Schwelms, wo ihm auch im Oktober 1900 seine letzten Stunden im Dämmerlicht verlebte. Hier in der zweiten Heimat

kannte Kind wie Greis die impulsive, natürliche Erfindung und jeder literarische Anfänger holte gern den Rat Feinzels ein.

Sehr häufig wurde der Dichter zu Vorträgen seiner Dialektgedichte eingeladen. Zwar war er ein nicht gerade guter Redner, dafür lag er aber alles mit Stimmführung und Wärme vor, und wer auch Feinzel nur einmal am Rednerpult sah und seinen Worten lauschen konnte, gewann sofort die Überzeugung, daß hier ein Mann zu reden sprach, der alles dem Alltagsleben in seiner Viel eiltigkeit abgewonnen hatte und mit Herz und Gemüt voll bei der Sache war.

Seine bekanntesten Schöpfungen sind: „Wäcker liegt aus“ — „A schändliches Buhel“ — „Mei jungles Kindel“ — „A frisches Händel“ — „Fahrende Gefellen“ u. a. Nicht unerwähnt dürfte bleiben, daß seit einer Reihe von Jahren der durch ihn begründete Kalender: „Der gemütsliche Schläfer“ im Buchhandel erscheint. Kunstdirektor Paul Wittmann hat eine Anzahl Feinzeiler Lieder komponiert, die bei manchem heimatischen Dichterbilde immer eem gehört werden. Nach dem Tode Feinzels sind wiederum eine Anzahl neuer schlesischer Dialektdichter mit autem Ruf erkanden, wir nennen da u. a. den einmütlich darobenden Schulmeister Kewelt, den Dichter der „Leutenoi“, unteren Philo vom Walde.

Ein Volk ehrt seine Dichter und sich nur selbst, wenn es sich in seine Schöpfungen verliebt, sie liest und nicht nur nach deren Tode Bildwerke legt, die der Zeitlichkeit anheben, während bei Lebzeiten manch schaffensfähigster Poet mit dem bittersten Glend zu kämpfen hat, wie es Holtei in seinem Schauspiel „Lorbeerbaum und Beilhack“ so ergreifend geschildert hat.

Aus aller Welt.

Graf Zeppelin hat gestern Vormittag 1/211 Uhr einen neuen Aufstieg unternommen. Daran nahm außer dem Grafen und seinen technischen Gehilfen, Prinz Heinrich von Preußen teil. Die Fahrt dauerte bis 5 Uhr Abends und nahm einen guten Verlauf.

Der siebenfache Frauenmörder. Unter der Anlage des städtischen Frauenmordes stand gestern der 64 Jahre alte Korbwäcker Ludwig Friedrich Koch aus Groß-Königsfeld bei Apolda vor den Geschworenen in Rudolfsbad. Seit langer Zeit waren in jener Gegend Frauen spurlos verschwunden. Im April d. J. erzielte dasselbe Schicksal die Ehefrau des Angeklagten. Koch zeigte der Polizei an, daß seine Frau verschwunden sei. Einige Tage darauf fanden Arbeiter in einem Steinbruch einen menschlichen Fuß, der dicht am Gelenk abgetrennt war. Koch erklärte, daß das der Fuß seiner Frau sei. Diese Erklärung machte die Gendarmerie kühn und man hielt in der Wohnung Kochs eine Hausdurchsuchung ab, die gegen ihn so argwöhnende Momente aufweckte, daß er das Geständnis ablegte.

er habe seine Frau bei einem Streite erschlagen, den Leichnam zerstückelt, die einzelnen Teile mit Petroleum übergoßen und unter einer Kesselfeuerung zu verbrennen gesucht. Die übrigen Teile habe er teils vergraben, teils zerstückelt. Den Fuß selbst habe er in einen Steinbruch geworfen, damit es den Anschein habe, als ob Handwerksburschen die Frau dort vergewaltigt und dann ermordet hätten. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß Koch auch seine frühere Frau bereits ermordet haben müsse, ebenso einen Sohn, der blind war, und mehrere Haushälterinnen. Koch selbst ist bereits wegen Sittlichkeitsverbrechen mit neun Jahren Buchhaus vorbestraft.

Der Angeklagte, der mit niedergeschlagenen Augen zusammengekauert auf der Anklagebank sitzt, macht den Eindruck eines stupiden Menschen. Bei Feststellung seiner Personalien gibt er an, daß er dreimal verheiratet gewesen sei. Im Jahre 1906 sei seine zweite Frau gestorben und bald darauf habe er zum dritten Mal geheiratet. Im Jahre 1882 wurde er wegen Untreue, verurteilten Totschlags und verurteilter Raubtötung zu 5 Jahren Buchhaus verurteilt. Wegen der guten Führung seien ihm aber 3 Jahre von der Strafe erlassen worden. Bei seiner damaligen Verurteilung vor dem Schwurgericht in Gera habe er gebeten, ihn lieber mit einer Prügelfstrafe zu belegen, als an einen Buchhaus zu verurteilen. — Vorl.: Verleihen Sie sich der Ihnen zur Last gelegten Vorwürfen schuldig? — Angekl.: Ja. — Auf weiteres Verlangen des Vorsitzenden gibt schließlich der Angeklagte an: 1906 am die Weisungsbefugnis sei er in das Schlafzimmer der Stellensammlerin Zeiß, die bei ihm wohnte, gedrunken und habe sie im Schlaf mit einer Art erschlagen. Die Leiche habe er zerstückelt, einzelne Teile verbrannt, andere Teile vergraben.

Im Zuge durch den brennenden Wald. Aus New York wird berichtet: Eine schauerliche Fahrt durch ein lodrendes Flammenmeer hat der Eisenbahnzug gemacht, der vier Städte in Michigan, die durch die entsetzlichen Waldbrände ergriffen und ein Opfer des Feuers geworden waren, Hilfe bringen sollte. Bereits zwei Tage lang währte die Feuerbrunst in den Städten Metz, Pulaski, Willsburg und Polen, und trotz der heldenhaften Anstrengungen der Einwohner, die Flammen zu ersticken, brach das Feuer mit wilder Kraft los und zerstörte alle Häuser. Als der Hüßzug, der die von allen Mitteln entbliebenen Gerechteten aufnehmen sollte, in Metz eintraf, fand er kaum vierzig Einwohner vor, die in massive Tücher eingewickelt, dem brennenden Heu des sie umringenden Feuers noch widerstanden hatten. Als der Zug weiterfahren wollte, erwarfen die Feuerengen auch den Dampfbahn und es war unendlich, weiter vorzugehen. Der Zug fuhr in rasender Hast nach der nächsten

Demit schließt die Debatte
Das Schlußwort erhält

Hg. Pirsch (Soz.):

Ich habe deswegen in meiner Begründung auf längere juristische Erörterungen verzichtet, weil ich von vornherein annehme, daß der Antrag an eine Kommission gegen würde. Die Rechtsauffassung des verstorbenen Abgeordneten Liebnicht ist mir sehr wohl bekannt, ich billige sie aber nicht. Wir haben in unserer Partei durchaus nicht die Pflicht, auf das zu schwören, was bevorstehende Parteitagungen einmal gefaßt haben. (Lachen rechts.) Herr Reich meinte, es sei keine Ehre für Liebnicht, daß die Wähler des ersten Berliner Landtagswahlkreises Liebnicht gewählt hätten, sondern das Kennzeichen die Wähler. Darüber, was Ehre ist, will Herr Reich zu streiten, verzichte ich. (Große Lachen rechts.) Die Wähler des 11. Berliner Landtagswahlkreises werden Herrn Reich hoffentlich die richtige Antwort erteilen. Warum hat Herr Reich nicht den Versuch gemacht, neben Liebnicht in Berlin zu kandidieren? Ich bin allerdings überglücklich, in einem Berlin gibt es keinen einzigen verdienstvollen Menschen, der Herrn Reich wählen würde. (Große Gelächter bei den Soz.) Wir verlangen mit unserem Antrag nicht eine Gnade von der Regierung, sondern unser Recht, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß jedes Mitglied des Hauses das Recht hat, seine Stimmabgabe zu verlangen und daß auch das Haus dieses Recht hat. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß, wenn wir die genügende Anzahl Unterschriften erhalten hätten, wir in dem Antrag auf Artikel 84 der Verfassung Bezug genommen hätten. Ich bitte Sie, in der Kommission meinen Antrag vorzulegen, um zu prüfen, ob wir aber davon, etwa von vornherein eine Billigkeit zu erreichen, um in zukünftigen Fällen gegen sozialdemokratische Mitglieder vorzugehen. Wird unter Antrag in der Kommission abgelehnt, so sollte die Kommission prüfen, ob es sich nicht empfiehlt, den Artikel 84 der Verfassung in der Weise zu ändern, daß die Rechte der Mitglieder des Hauses und die Rechte des Hauses selbst besser gewährleistet werden. (Bravo! bei den Soz.)

Der Antrag Borgmann wird hierauf einstimmig an die Gesetzgebungs-Kommission verwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der

ersten Beratung der Besoldungsvorlage.

Hg. Dr. Kewoldt (reikons.) behauptet, daß 3500 höhere Beamte bei der Aufbesserung nicht berücksichtigt worden sind. Es werde die schwere Aufgabe der Kommission sein, die nötigen Veränderungen an der Vorlage vorzunehmen. Die Mittel müssen unter möglichen Umständen des Mittelsfeldes aufgebracht werden. Die Erhöhung der Repräsentantenfelder sei auch seinen Freunden nicht gerade unpopulär. Die Remuneration für Nebenbeschäftigungen solle völlig in Wegfall kommen. Redner beantragt schließlich, das Votum- und Parteibekundungsgesetz einer besonderen Kommission, die übrigen Vorlagen der verstorbenen Budgetkommission zu überweisen. (Beifall.)

Hg. Gylling (frei. Sp.): Wir begreifen die Vorlage mit besonderer Freude und Genugtuung, weil wir in ihr ein Entgegenkommen gegen alte Wünsche der Bürgerlichen in Preußen finden. Die Beamtenbesoldungen im Reich und in Preußen müssen aber gleichmäßig gestaltet werden. Das Anfangsgehalt der Beamten muß mindestens so hoch gestellt werden, wie das Mindestgehalt der bayerischen Beamten. Auch eine Erhöhung der Anfangsgehälter der höheren Beamten wird in einzelnen Fällen geboten sein. Mit der geplanten Dezentralisation sind wir im Prinzip einverstanden, aber die Macht der Vordrä, die schon jetzt die rümpfen in ihrem Bezirk sind (Sehr gut! und Heiterkeit links), noch zu vermindern, dazu können wir uns nicht verstehen. (Bravo! links.) In der Kommission wird zu prüfen sein, ob nicht auch für die Arbeiter in den staatlichen Betrieben, die ja in Bezug auf die Entlohnung an der Spitze der industriellen Arbeiter stehen, etwas geschehen muß. Der Vorschlag des Finanzministers, das Kommunalwahlrecht nur für die neuen Beamten auszuheben, der nur zu neuen Ungerechtigkeiten führen würde, ist für uns nicht annehmbar. Wir hoffen, daß durch die Kommissionsberatungen die diesmalige Beamtenbesoldungsvorlage zu einem Meilenstein in der Geschichte des preussischen Beamtenwesens wird. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Hg. v. Jagzewski (Volk): Wenn wir auch sorgfältig darüber zu klagen haben, daß uns vielfach die Beamten in den Diensten ebenso wie die Regierung nicht nach Recht und Gerechtigkeit behandeln, werden wir doch anlässlich dieser Vorlage unsere volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Ich erinnere nur an das Verhalten der Reichsfinanzdirektoren bei dem Schulstreit. Wir werden die Einzelheiten der Vorlage in der Kommission eingehend prüfen.

Finanzminister v. Rheinbaben: Der Herr Beredner hat es glücklich verstanden, auch in diese Materie die Polenfrage hineinzuragen, die doch mit der ganzen Polenfrage absolut nichts zu tun hat. (Widerspruch bei den Polen.) Gewiß haben die Beamten die Pflicht Polen und Deutsche mit gleichem Maße zu messen. Wenn das Verhältnis zwischen den Beamten und der polnischen Bevölkerung nicht so ist, wie wir es wünschen, so liegt das Schwerkgewicht der Schuld auf polnischer Seite. (Lebhafte Widerspruch bei den Polen, Bravo! rechts.) In dem Schulstreit haben nicht die Reichsbeamten die Schuld, sondern dieser ist wesentlich von der polnischen Bevölkerung

herausbeschoren worden. (Lebhafte Zustimmung rechts, Unruhe bei den Polen.)

Hg. Peltasohn (fr. Sp.) bespricht die Einzelheiten der Vorlage und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in der Kommission noch Verbesserungen zu erzielen sein werden.

Hg. Stroebel (Sozialdemokrat):

Ich möchte einwandslos mein Bedauern darüber ausdrücken, daß in der ganzen Vorlage und den dazugehörigen Drucksachen mit keinem Worte darauf hingewiesen worden ist, daß die Erhöhung der Beamtengehälter mit notwendiger Konsequenz zu einer angemessenen Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter führen müßte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch von den Vertretern der verschiedenen Parteien ist es verabsäumt worden, diese Tatsache festzustellen und nachdrücklich zu fordern, daß das Verabsäumte wenigstens nachgeholt werde. Der Herr Finanzminister hat mit Stolz darauf hingewiesen, daß 186 Millionen für die Erhöhung der Beamtenbesoldung gefordert würden, er beschneide das als eine weitgehende und wertvolle Fürsorge. Ich bedaure, etwas Wasser in den Wein dieses Enthusiasmus hineingelassen zu müssen, der leider auch von den verschiedenen Parteien hier zum Ausdruck gebracht worden ist. Schon ein Blick in die zahlreichen Petitionen beweist, daß man in Beamtenkreisen ganz anders über die Vorlage denkt, und auch in der Presse haben bereits Beamte ihrer abweichenden Meinung Ausdruck gegeben. Sogar die konservative „Kreuzzeitung“ hat an dem Beamtenbesoldungsgesetz Kritik geübt. Interessant war die folgende Bemerkung dieses Blattes: „Wir haben niemals verhehlt, daß uns die Art, in der sich die Regierung zur Lösung der Gehaltsaufbesserung hat drängen lassen, sehr wenig gefallen hat.“ Das ist sehr bezeichnend für die Beamtenfreudigkeit der Herren Konservern. (Sehr gut! bei den Soz.) Für gewisse besonders notwendige Beamtenkategorien ist aber die „Kreuzzeitung“ doch eingetreten, zum Beispiel für die Regierungsräte. (Gelächter bei den Soz.) Wenn von konservativer Seite noch weitere Abstufungen in den Höchstgehältern verlangt werden, so ist das ein bürokratisches Mandarinentum, für das ich kein Verständnis habe. (Sehr gut! bei den Soz.) Die „Kreuzzeitung“ sprach von verwerflicher Gleichmacheret. Dem konservativen Ideal möglichstster Ungleichheit mag es ja entsprechen, daß

diese Tausende von Unterbeamten

auch nach diesem Gesetz gänzlich unzulänglich aufgebessert werden sollen. Die Summe für die Beamtenaufbesserungen muß in Vergleich gesetzt werden mit der Zahl der Arbeit in Betracht kommenden Beamten, wenn man ein richtiges Bild gewinnen will. Nach dem Gesetz werden für 372 000 Beamte einschließlich Wohnungsgeldzuschuß 37 Millionen mehr gefordert. Das bedeutet pro Kopf eine Erhöhung von 300 Mark. Diese Summe erscheint uns so gering, wenn man bedenkt, daß tausend Mark pro Kopf mehr für die rund 12 000 meistlichen Gehälter gefordert werden. Der Alt weitgehender und wertvoller Fürsorge schrumpft weiter zusammen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach den eigenen Worten des Finanzministers die ganze Reform nur eine Gehaltsaufbesserung entsprechend den gesteigerten Kosten der Lebensführung bedeutet. Gehaltsaufbesserungen sind doch nur dann rühmendwert, wenn sie eine erhöhte Befriedigung materieller und geistiger Bedürfnisse ermöglichen. Hier werden aber die Beamten mit wenig Ausnahmen nur so gestiftet, daß sie zur Zeit die gleiche Lebenshaltung führen können, wie vor 10 oder 15 Jahren. Die Besoldungsaufbesserung war daher eine unabweisliche Pflicht des Staates, aber keine rühmende Tat. Die Regierung mußte ja auch, wie die Unzuverlässigkeit in den Beamtenkreisen gezeigten war und kam deshalb mit ihren Besoldungsänderungen jedesmal unmerklich vor den Wahlen. (Lachen rechts.) Auch die freisinnige „Vreslauer Zeitung“ hat die Auffassung vertreten, daß die Vorlage nur gequält sei, die dringende Not zu lindern, in welche gewisse Beamtenkategorien durch die agrarische Krisispolitik hineingekommen sind. Sehr interessant ist, daß dies freisinnige Organ schreibt: „Säße doch Eugen Richter diesen Etat noch erstellt, wie fehlt uns dieser Mann jetzt an allen Ecken und Enden.“ Wir hatten geglaubt, dafür habe man jetzt die Wilschad, Koyisch und Wiemer. (Gelächter bei den Soz.) Die Verrechnung der Lebensmittel ist sogar von der rechtsstehenden „Nationalzeitung“ noch am letzten Sonntagabend zugegeben worden. Sie ergibt sich auch aus einer

Quelle des Breslauer Beamtenvereins.

Auf dem Verbandstage der mittleren Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten wurden eine Reihe von Beamtenkategorien abgegeben, ein Oberpostamt mit einem Einkommen von 360 Mark hatte Ausgaben von 210 Mark. Dabei waren noch gar keine Ausgaben eingerechnet für Reisen, Leistungen, Bücher, Veranlagungen etc. und keine Familie beiläufig nur aus 3 Köpfen. Ein anderer Oberpostamt mit 200 Mark Gehalt, der außer 4 Kindern noch eine Beamtenfamilie zu ernähren hat, kam ohne Gehalt aus. Die mehr erwähnte sein soll über das geradezu verblüffende Anhaltungsvermögen des Beamten über die Entlohnungen und die Höhe für Kinder, Schulden und namentlich für Ernährung sind so gering, daß wir gern glauben, wenn der Kollege sagt, das Reich sei für ihn ein Zurschaufel! (Gelächter bei den Soz.)

Wie mag es da erst bei den Beamten stehen, die kaum halb so viel Gehalt haben? Ich konstatiere nur die namhafte Tatsache, daß 80 250 Beamte auch nach der neuen Vorlage ein Anfangsgehalt von weniger als 1200 Mark erhalten sollen, 25 000 Beamte 1200—1700 Mark. Namentlich die

Aufbesserung der Eisenbahnbeamten

ist eine ganz unzulängliche. Der Mehrbedarf beträgt hier pro Kopf 170 Mark. Bei Wagenmeistern, Weichenstellern 1. Klasse zu betrachten der Mehrbedarf pro Kopf nur 50 Mark. Dagegen sollen die Oberförster pro Kopf 500 Mark mehr erhalten. (Gut, hört! bei den Soz.) und der geheime Kabinetsrat des Zivilkabinetts erhält 5000 Mark mehr. (Lebhaftes Gähnen, hört! bei den Soz.) Die Außenbeamten bei der Eisenbahn haben eine arpaunende und aufreibende Arbeitszeit von 12 bis 11 Stunden und eine große Verantwortung für die Verkehrsbeschäftigung, jedoch ein höheres Gehalt als vorgelesen für sie am Platze ist. Der Finanzminister hat mögliche Sparmaßregeln empfohlen. Ich warne, diese vorzunehmen auf Kosten der Gesundheit der Beamten und der Betriebssicherheit. Die Sterblichkeit des Lokomotivpersonals ist eine sehr große, das Durchschnittsalter beträgt nur 19 Jahre. Bei der Aufbesserung der Eisenbahnbeamten muß die gesteigerte Intensität des Betriebes in Rücksicht gezogen werden. Die Leistungen der Beamten haben sich verdoppelt, während das Personal nur um 5 Prozent vermehrt worden ist. Nach alledem geht unser Urteil dahin, daß die Gehaltsaufbesserung für sehr große Schäden des Beamtenheeres eine absolute unzulängliche ist. Das Wort des preussischen Ministerpräsidenten, Preußen in Deutschland voran, trifft durchaus nicht zu. Preußen hinter

ganz erheblich hinter Bayern drein.

Der Besoldungsentwurf in Bayern geht für die mittleren und unteren Beamten weit über den preussischen Entwurf hinaus. Er fordert als Mindestgehalt 1100 Mark, und festes Mindestgehalt ist aber vom bayerischen Landtag auf 1200 Mark erhöht worden. (Bravo! bei den Soz.: hier gar nicht zu erwarten!) Der Regierungsentwurf in Bayern hat eine eingehende Umgestaltung vom dortigen Landtag erfahren. Vor allem sind die Gehälter der unteren und mittleren Beamten von Landtage außerordentlich aufgebessert worden, obwohl schon der Entwurf in dieser Hinsicht besser gestellt war als der preussische.

In Preußen ist jetzt erst in dem neuen Entwurf, der uns vom Regierungsvorsteher als Alt weitgehender Fürsorge gepriesen wird, ein Mindestgehalt von 1000 bis 1200 Mark vorgelesen. Auch bei Anrechnung des Wohnungsgeldzuschusses, das in Bayern fortgefallen ist, sind die Gehälter in Bayern beträchtlich besser. Auch der Finanzminister glaubte gern mit einem Hinweis auf den Wohnungsgeldzuschuß die geringeren Gehälter begründen zu können. Er sagte, seit 1906 sei der Wohnungsgeldzuschuß für die Beamten um 50 Prozent erhöht. Mit der jetzt vorgelesenen Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses betrage die Gesamterhöhung 100 Prozent. Das ist eine wunderschöne Prozentberechnung. Wenn einem Staatsanwalt der Wohnungsgeldzuschuß um 50 Prozent erhöht wird, beträgt das Mehrerlösen für den Staatsanwalt gleich 450 Mark. Das ist eine ganz respektable Summe. Dann beträgt das Mindesteinkommen sofort 4500 Mark und das entsprechende Höchstesinkommen 8500 Mark. Bei den mittleren Beamten ist der Effekt bereits viel geringer. Was macht diese Erhöhung aber bei den Unterbeamten aus? Der ganze Wohnungsgeldzuschuß ist bei den Unterbeamten in Berlin auf 360 Mark gebracht worden. Der Wohnungsgeldzuschuß in der zweiten Klasse beträgt nur 260 Mark, derjenige in der dritten Klasse nur 162 Mark, derjenige in der letzten Klasse sogar nur 108 Mark. Von 1873 bis 1906 hat man warten müssen, bis man den geringen Zuschuß erhöhte. In der unkräftigen Klasse hat man es jetzt auf ganze 108 Mark gebracht! (Gut, hört! bei den Soz.) Der gesamte Wohnungsgeldzuschuß mancher Beamtenklassen, zum Beispiel der Bahnwärter, steigt noch mehrere 100 Mark mit dem Gehalt zusammen hinter den Gehalt in Bayern zurück. Dabei bleibt es trotz aller schönen Prozentrechnungen. Einige Kategorien mittlerer Beamten hat man allerdings in wohlwollender Weise herausgeriffen, zum Beispiel die Kreisrichter. Das Höchstgehalt dieser Beamten ist um 33 1/2 Prozent aufgebessert. (Bravo rechts.) Ich hoffe, daß Sie dieses Bravo auch bei anderer Gelegenheit zur Hand haben.

Schwung und Gendarmerie

sind im Höchstgehalt um 31 Prozent aufgebessert. Bei den zum selben Beamtenklasse gehörenden Zugführern sind aber nur Aufbesserungen von 16 Prozent vorgekommen. Man braucht den bezorglichen Beamtenklassen ihre Gehaltsaufbesserungen keineswegs zu mißgönnen, kann aber verlangen, daß alle Beamten mit gleichem Maße gemessen werden. Es ist ungerade, einzelne Kategorien herauszugreifen. Oder will man etwa nur mit der Militärämtern eine Protokollenergode für unsere Junker schaffen? Für Herrn Reich und seine Gesossen? (Unruhe rechts.) Ich will nicht behaupten, daß die Wilschad ist, aber viele Petitionen deuten auf eine solche Absicht hin. In einer Beamtenpetition ist in Fettdruck darauf hingewiesen, daß der betreffende Beruf alle Zeit staats- und königlichen gewesen sei. (Unruhe rechts.) Man nimmt also schon auf die Gesinnung Rücksicht. Wir treten dagegen für alle

Stadt gesch. Die Fahrt hat der Lokomotivführer Foster selbst bestritten:

„Mit Vollbambus ging es rüber, und ich hörte die Todesstöße der fast erstirnten Passagiere, die in den glühend heißen Wagen saßen. Habe bei dem Pöbel Romisch erreicht die Schreckensfahrt ihr gewalttames Ende. Die Maschine brach durch eine brennende Brücke durch, und der schwer beladene Zug war in große Flammenmassen gebüllt. Die Wagen konnten nicht mehr von der Stelle bewegt werden und es war unmöglich, etwas für die Passagiere zu tun. Der Führer, der Schaffner und ich selbst suchten im Bewußtsein der Lokomotive Zuflucht, bis das Wasser schließlich zu sehr wurde und wir uns nicht mehr halten konnten. Nun suchten der Schaffner und ich einen verzweifelten Ausweg zur Rettung. Mit zwei Passagieren, von denen wir später einen verloren, kramten wir hinter den glühenden Boden, der ganz mit Rauch und Hitze bedeckt war, und von dem immerfort Flammen emporzuströmten. Es war eine schreckliche Zeit, die wir überlebten, ehe wir Polen erreichten.“

Die drei Erretteten haben entsetzliche Brandwunden davongetragen, die anderen schienen alle in der furchtbaren Hitze ihren Interzungen gefunden zu haben. Die Leiche des Heirys wurde nahe bei der Maschine gefunden, außerdem 16 andere verbrannte und verkohlte Skelette.

Eine Drauzahlengrube unter Wasser. In die Schächte der Drauzahlengrube „Gut Eglab“ in Raasdorf drangen, wie aus einem Bericht wird, aus dem benachbarten Koblitzgebirge große Wassermassen ein und setzten die ganze Grube unter Wasser. Die gesamte Belegschaft konnte gerettet werden. Die Drauzahlengrube aber wenig Hoffnung, daß der Betrieb in der Grube wieder aufgenommen werden kann.

Geistlicher Eitelkeitsverbrecher. In Ramur (Belgien) wurde ein katholischer Geistlicher wegen zahlreicher Eitelkeitsverbrechen, die er an kleinen Kindern begangen hat, zu acht Jahren Gefängnis, bedeutenden Schadenersatzsummen und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf sechs Jahre verurteilt.

Gegen das Feinende Leben. Der Leipziger 43jährige Architekt Karl Martin Groß ist in seinem Bureau auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Groß hatte ein Verhältnis mit einer feineren Klientin, einer 30jährigen Direktorin, das nicht ganz heilbar gewesen ist. Die Verhaftung Großes erfolgte, weil er behauptet ist, sich eines Verbrechens gegen das feinernde Leben schuldig gemacht zu haben.

Der abgezeichnete Kopfschmerz. Eine interessante Gerichtsverhandlung wegen Körperverletzung fand in Gera (Reich) statt. Die Dienstmädchen Drommer und Weisler aus der Dittschaf-Roskops hatten dem Dienstmädchen Hübner, mit dem die Besitzerin zusammenlebte, die Kopfschmerzen abgezeichnet, weil der Herr nicht von Ungenügen erkrankte. Da alle Anfordernungen

nicht fruchteten, so griffen die beiden Mütter zur Gewalt. Das Gericht erließ in der Handlung nur eine Weisung, die mit Wilschad, doch wurde der Vorname der beiden Angeklagten während des Urteils nicht angegeben, da es unerwünscht war, daß es den drohenden Verurteilung schädigen. Die Hauptstrafe wurde zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Geldstrafe, die als Ergänzung geordnet war, beabsichtigt im Wege des Zwangsverfalls wegen Schadenersatzes freizugeben zu werden.

In der Wilschadener Verurteilungssache wurde dem Landgericht durch den Weisler Herr Jallenberg zu 1 1/2 Jahren, dem Kaufmann Kuhlmann zu sechs, dem Kaufmann Jansen zu zwei, dem Kaufmann Fischer zu einem Monat Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Wegen traurigen Schauens bestraft. Der Wiener „Arbeiterzeitung“ entnehmen wir folgendes Bild aus unserem christlichen Gesellschaftsleben. Im Park in der schönen Stadt Graz auf einer Park in der Höhe sitzt dort ein armer Greis, die Krücken neben sich hingelegt, und schaut neidig auf die frohen Spazier, die eben hinter bekommen haben. Eine Dame und ihr Kavaller Begleiter vorüber. Eben hat die Dame ihren Begleiter, was er gerade lese, als sie, mitleidig aufstehend, den alten Mann erblickt. „Erlaubt, wie ich hier zerlumple Mensch verhungert und gedringlich dreinschaut, spricht sie. Es wäre hier recht schön im Stadipark, wenn nicht eine solche Bega- herumlangeren würde. Wilschad ein Stab!...“ „Ach, ah!“ klagt die Antwort, „Stimmt, eine Schande für Graz.“ Dann gehen sie weiter. Beim Burgtor steht ein Wachmann, den sie auf den Beifahrer mit den zudringlichen Augen aufmerksam machen. Der Wachmann, aus Langweile oder gungungen durch die Beschwörung der neuen Gesellschaften, schreibt den Mann auf und macht die Augen bei Gerichte. Vor dem Grazer Bezirksgericht: Auf den Krücken schleppt sich der Alte in den Saal. Der Richter schüttelt mitleidig den Kopf, er bietet dem Alten, der auf einem Fuß eine schwere Wunde hat, einen Stuhl an und es hat den Anschein, als ob er leicht überzeugt sei, daß dieser Greis gar nicht gefaßt werden kann; aber nein. Schon im nächsten Augenblick ist er wieder ganz Gehörlos. Der Alte erzählt, daß er 62 Jahre alt sei, für drei Kinder zu sorgen habe und sich als 3-jähriger Mann ein Fußleiden zugezogen habe, an dem er nun schon fünf Jahre leide und das ihm jede Arbeit unmöglich mache. Richter: Haben Sie damals geheiratet? — Ankläger: Nein! — Richter: Sie sind aber auf der Bank gefaßt und haben traurig dreingehaut. — Ankläger: Ja, im Graz ist mir dreinschauen, Herr Richter, bei so an' Stand. Und am Stadipark mag ich ihn, weil mir der Doktor gesagt hat, daß ich viel in d' Park gehn soll. — Richter: Warum sind Sie nicht weiter gegangen, zum Beispiel auf den Hümelich? — Ankläger (wehmütig): Ach Gott, dort hab' ich mit einem feinen Herrn

Richter, ich hob' jo mir bestellt. Wenn mir oba a euata Mensch freimilli was gibt, wer is do net ob'schlo'n. — Richter: Na, es ist doch was, daß Sie so herumstehen und traurig dreinschauen. — Der Ankläger gibt keine Antwort. — Es tut mir leid, fährt der Richter fort, aber ich muß Sie verurteilen. Sie sind auch schon wegen des gleichen Delikts vorbestraft. — Der Richter verurteilt ihn zu drei Tagen Arrest, weil er traurig dreingehaut hat. O Gerechtigkeit, schauft du bei einem solchen Urteil nicht auch traurig drein? ...

Des Staatsanwalts Klage. *)

Der Winter naht — weh mir! — mit grimmer Kälte Und Frost und Hunger schau mir ins Gesicht; Der Magen knurrt — wir armen Staatsanwälte! Döhlängle, schlotternd muß ich zum Gericht. Fünftausend Mark im Jahr — o bitterer Lohn! — Zahlt uns der Staat; mit gornigem Erbiten Auf ich es aus; ebt uns gerechten Lohn, Sonst wird die Not noch unsern Eiter töten! Weh mir — hab ich umsonst mit Barmherzigkeit Den Hungernden, der aus Verweisung stahl Als Mensch behandelt nach des Schöpfers Bilde — Verhalt ich ihm nicht gern zum warmen Mahl? Hab ich den Frierenden, der bettelnd schwärzte Von Haus zu Haus, nicht fest in sicher Hut, Wo man den Kermiten fütterte und wärmte — Ob er sich auch vergriff an fremdem Gut? Und ich? Vor Weh erstickt mir fast die Stimme: Fünftausend Mark im Jahr — barmherziger Gott! Dem ganzen Volke in gerechtem Grimme Rind' ich der Staatsanwälte blutige Not. Wenn ich vorm Weihnachtsfest nun meine Kinder — Dich, gutes Viechen, dich auch, Julius, Und unsern braven Fürstergott nicht minder — Mit Hampelmannen handeln lassen muß, Dann bricht ein Herz, wie wärmer teins und freier Sein edles Streben mit dem Tod begibt Und auf mein Grab schreibt: Hier liegt August Meier, Er kam im Elend um — als Staatsanwalt! E m a n n e l

*) Vergleiche den Artikel im politischen Teil des heutigen Nummer.

Beamten ein ganz genaues, ob sie konform, liberal oder sozialdemokratisch sind. Das Gehalt sämtlicher Oberbeamten könnte man um weitere 120 Mark aufbessern, wenn man nur die 124 Millionenförderung für die Eisenbahnen ablehnen würde. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Einem sehr eigentümlichen Standpunkt nahm der Redner der konservativen Partei ein, wenn er forderte, daß das Reich bei den Beschlüssen der Beamten nicht weiter gehen dürfe als Preußen. Wären doch die Herren dafür sorgen, daß das Reich dazu nicht genötigt ist. Stellen Sie eine energische Attende unter der Parole:

Preußen in Deutschland voran.

(Sehr gut! bei den Soz.) Derselbe Redner konstruierte die Pflicht für die Beamten, dem Landtag dankbar zu sein. Wir meinen im Gegenteil, wir müssen den Beamten dankbar sein für ihre gewissenhafte Pflichterfüllung. Wenn ihre berechtigten Ansprüche nicht bewilligt werden, so haben sie geradezu das Recht, mehr zu fordern. Ich erinnere Sie daran, daß die Staatskontrollen erklärt haben, mit ihrem Höchstgehalt von 7200 Mark nicht auskommen zu können. Versuchen Sie doch einmal, wenn es Ihnen auch schwer fällt, sich angesichts dieser Tatsache in die Lebensverhältnisse der Unterbeamten hineinzuversetzen, die mit 1200, 1800 oder auch 2400 Mark auskommen müssen. Dann werden Sie zu der Überzeugung kommen, daß die die Pflicht haben, gerade die Gehälter der unteren und mittleren Beamten erheblich auszubessern. Beweisen Sie, daß diese Arbeit leisten wollen, an unserer Unterstützung haben soll es Ihnen nicht fehlen. (Bravo! bei den Soz., Lachen rechts.)

Eisenbahnminister Breitenbach:

Die Besoldungs-Aufbesserung soll in erster Linie den Teilen der Beamten zu gute kommen, welche sich in wirtschaftlich bedrängter Lage befinden. Der Gesamt-Mehraufwand für die Gehälter der preussischen Eisenbahnbeamten verteilt sich zu 56,5 Prozent auf die Unterbeamten, 42,6 Prozent auf die mittleren Beamten, 0,9 Prozent auf die höheren Beamten. Das Durchschnittsgehalt der unteren Beamten steigt um 71,2 Prozent, der mittleren Beamten um 14,3 Prozent, der höheren Beamten um 3,8 Prozent. Das gibt etwa seinen Anlaß zu so scharfer Kritik, wie der Abg. Ströbel sie fordern vorgetragen hat. Ich habe es allerdings nicht anders erwartet. Wenn wir eine Vorlage unterbreitet hätten, die die Gehälter der Unterbeamten um 100 Prozent erhöhte, hätten wir genau dieselbe Rede von ihm gehört, (Sehr wahr! rechts. Abg. Hoffmann ruft: Versuchen Sie es doch einmal!) Es geht nur um politische Tendenz der Sozialdemokratie, alle Leistungen von Staat und Gesetzgebung als minderwertig, als ein bloßes Aushilfsmittel hinzustellen. (Bumms bei den Sozialdemokraten: Sie empfinden selbst am besten, wie wahr das ist! Große Lachen, rechts, laute Pfui-Rufe.) Die Kritik des Abg. Ströbel war dabei sehr einseitig. Die Bahnwörter in den großen Städten, z. B. in Berlin, erhalten ungefähr ebensowohl wie in Bayern. Die Löhne der Staatsarbeiter sind dauernd in außerordentlichem Maße gestiegen, die Gehaltssteigerung der Unterbeamten war nur die notwendige Folge der Erhöhung der Arbeiterlöhne. Dessen weitere Erhöhung kann erst wieder in Frage kommen, wenn die Verhältnisse am Lohnmarkt es erfordern. Die preussischen Beamten haben volles Vertrauen zur Regierung und wissen, daß sie ihnen gewährt, was mit Rücksicht auf das allgemeine Staatsinteresse gewährt werden kann. (Schlauer Beifall rechts und in der Mitte.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Lehrerbildungsgesetz, Pararechtsbildungsgesetz. Schluß 5 Uhr.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. Oktober.

Geschichtskalender.

29. Oktober.

- 1268 Konradin von Schwaben, der letzte Hohenstaufe, in Neapel hingerichtet.
- 1790 Der Volksschulpädagog Adolph Diesterweg in Siegen.
- 1884 Albert Duff.

* Das hat der Landrat nicht nötig, einem gewöhnlichen Arbeiter eine Auskunft zu erteilen! Welcher Landrat? Natürlich der Breslauer, Herr Wischhaus. Der Fabrikarbeiter Ernst Stähr in Marienhöfen beklagt in seinem Wohnort verschiedene Ehrenämter. So gehört er schon eine Reihe von Jahren der Gemeindevorstellung an, auch bekleidete er das Amt eines Waisensrats. Wie in allen Nummern, so suchte er auch in dem letzteren seine volle Pflicht zu erfüllen, was ihm selbst seine bürgerlichen Gegner bekräftigten. Er sorgte so gut er konnte für die Armen, die seiner Obhut unterstellt waren, desto mehr war er überrascht, als ihm vor einiger Zeit plötzlich vom Gemeindevorsteher mitgeteilt wurde, daß er seines Amtes als Waisensrat entzogen sei. Keiner Schuld bewußt, wandte er sich mit der Bitte um Auskunft und Angabe der Gründe für seine plötzliche Amtsentsetzung an den Landrat von Breslau. Darauf erhielt er folgende „Antwort“: „Ich muß es ablehnen, Ihnen die Gründe mitzuteilen.“

In Preußen hat eben ein so „hoher“ Beamter nicht nötig, einem gewöhnlichen Steuerzahler eine Auskunft zu erteilen. Dem Herrn Stähr gingen aber plötzlich die Augen auf: Wichtig! er hatte es ja gesagt, bei der Landtagswahl seine Stimme einem Arbeiter, einem Sozialdemokraten zu geben! Nun fiel es ihm wie Schuppen von den Augen. Der Gemeindevorsteher, der die Sozialdemokraten haßt und bekämpft, wo er nur kann, der Amtsvorsteher von Wallenberg in Marienhöfen, der die „rote Brut ausrollen“ will und endlich der Breslauer Landrat! Da sind die Gründe auch ohne den Landrat klar zu erkennen.

Auch in diesem Falle war der Landrat wie schon so oft „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Gerade durch die lapidarische Kürze seiner „Antwort“ fand dem Arbeiter die Augen aufgegangen. Und vielleicht werden sie anderen, die es hier lesen oder davon hören, auch aufgehen.

* Wie die „Schlesische“ schwindelt. Nicht nur Sozialdemokraten sind es, die unter der läugerischen Verichterstattung zu leiden haben. Auch die „Schles. Volksztg.“, das Zentrumsblatt, hat aufs neue Ursache, die fruppelose Unwahrscheinlichkeit des „vornehmen“ Blattes anzunehmen. In Nr. 714 brachte die „Schles. Ztg.“ folgende Notiz:

„Der bekannte großpolnische Pfarrer Komronel in Bogut schütz hat die Lehrer seiner Pfarochie, also aus dem Osten Woiwodschaft, Zamobasie und Schemau, zu Exerzitien nach dem polnischen Kloster Dzielisz eingeladen und den Teilnehmern freie Verpflegung zugesichert. Ein Teil der Lehrer hat diese Einladung angenommen und befindet sich bereits in Dzielisz. Wir glauben nicht, daß es deutsche Lehrer nötig haben, im Anstarbe ihre religiösen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Wie die „Volksztg.“ nach der „Adligshüter Volksztg.“ mittelt, ist an der Geschichte ein wahres Wort! Das Blatt schreibt ferner über die Denunziation der „Schles. Zeitung“:

Das Kloster oder besser gesagt das Exerzitienhaus, von dem hier die Rede ist, befindet sich nicht in Galizien, sondern in Oesterreich-Schlesien, in der Diözese Breslau, und ist als solches auf Wunsch Sr. Eminenz erbaut worden, um ausschließlich geistlichen Zwecken dienlich zu sein. Ueber die Aufschwung anderer Pfarren als „bekannt großpolnisch“ kann man nur misslich lächeln. Dem Denunzianten dürfte es doch bekannt sein, daß Herr Komronel, der Verfasser eines weitverbreiteten, im guten Deutsch geschriebenen Gebetbuchs „Weg zum Himmel“ ist. Er dürfte wissen, in welcher wohlgebender Weise hier der deutsche Gottesdienst ausgeführt ist. Täglich kann er in der Kirche deutsche Messen und Segenslieder hören, jeden Sonntag und Feiertag einem deutschen Priester mit vorausgehender deutscher Predigt, an diesen Tagen auch einer deutschen Vesperandacht betheuern. . . . Bleibt nur noch das „polnische“ Kloster Dzielisz. Bei einigem Wohlwollen könnte der Denunziant erfahren, daß in dem mit geringen Kosten erreichbaren Exerzitienhaus zu Dzielisz die deutschen Exerzitianten mit keinem polnischen Jota bedacht werden und daß es sich lediglich um christliche Übungen zur Förderung des Seelenheils handelt. Ausdrücklich mag hier hervorzuheben werden, daß hier nur eine deutsche Veranlassung vorliegt und der Leiter der geistlichen Übungen ein Reichdeutscher ist, nämlich Professor Starke, aus Meisse gebürtig.“

Man kann an diesem Sach voll Lügenperereien ermaßen, wie die „Schles. Ztg.“ erst schwindelt, wenn sie Sozialdemokraten anschwärzt!

Das Bezugsquellenverzeichnis der „Volksmacht“ und Herr Pastor Nitsche.

Das letzte der beiden in unserer Ueberschrift genannten Institute, Herr Pastor Nitsche nämlich, gibt an und zu seiner Verwunderung Ausdruck über die allgemeine Misachtung, deren er sich in der öffentlichen Meinung erfreut. Wenn er sich aber einmal selbst Rechenschaft ablegen sollte, über die Art und Form der Verleumdung, die sein Blättchen beliebt, wird sich seine Verwunderung vielleicht etwas vermindern. Von unserer neuen Inseraten-Einrichtung, dem Bezugsquellenverzeichnis, dessen geschändete Einrichtung wahrscheinlich einen starken Konkurrenzneid bei ihm erweckt, setzt er seine Leser in einer Abhandlung in Kenntnis, die etwa in folgenden „Feststellungen“ gipfelt:

Es ist wieder ein Genosse da, der nicht arbeiten mag und ausgehalten werden will. Die Arbeiter aber haben die Geschichte satt, wollen nicht mehr hergepöppelt und werden den neuen Vorden zum Tempel hinaus. Damit er aber seine „Pflichten“ doch erfüllt, muß jetzt der Mittelstand herau, er wird gezwungen, in der „Volksmacht“ Inserate loszulassen und von dem Ertrag dieses „sozialdemokratischen Terrorismus“ gegen Breslauer Ladenthaber“ füllert sich der Revue mit.

Natürlich ist das Ganze ein echt Nitsche'scher Entenbraten. Erstens ist der Mann, der in vielen Städten Deutschlands die neue Einrichtung der Bezugsquellenliste einführt, kein Genosse. Er hat sich weder uns noch den Geschäftsleuten als solcher vorgestellt, und aber noch direkt versichert, daß er nicht zur Partei gehöre. Dem Blatte des Herrn Pastors kommt es aber auf eine Lage mehr offenbar nicht an. An die erste Unwohlhaltigkeit reißt sich natürlich dann die zweite, daß die „Handwerksmeister“ von diesem Genossen, der gar nicht Genosse ist, „terrorisiert“ werden. Der Terrorismus beschränkt sich darauf, daß er als guter Geschäftsmann den Leuten sagt: Wenn Ihr Euch Arbeiter-Landschaft erwerben wollt, habt Ihr dazu ein sehr bequemeres Mittel: Ihr braucht nur in der „Volksmacht“ zu inserieren! Und da den meisten Mittelständlern die Arbeiterfrau als Kundin sehr angenehm ist, befolgen Sie den guten Rat. Welchen sich sogar meist selbst als Interenten bei uns an! Das ist die ganze Geschichte des Breslauer Terrorismus.

Nun könnte man ja annehmen, Herr Nitsche wäre getuschelt worden über den wahren Zusammenhang der Dinge. Aber auch über einen vermeintlichen Mißbrauch kann er sich doch nur anhalten, wenn er selbst tadellos rein ist. Wie steht es damit, Herr Pastor? In derselben Nummer Ihres Drucks haben Sie seitens uns nichts als Inserate jüdischer Geschäfte. Wie vereinigen Sie es mit Ihrer Ehrlichkeit, im Text Ihrer Zeitung das Judentum als eine Gefahr für das deutsche Vaterland im allgemeinen und die gute Stadt Breslau im besonderen hinzustellen und im Inseratenteil ihren Lesern den Einfall bei Juden zu empfehlen, diese so gefährliche Klasse wirtschaftlich zu kräftigen? Wenn Sie uns darauf eine Antwort geben, dann wollen wir weiter über das Bezugsquellenverzeichnis der „Volksmacht“ sprechen.

Wozu Schulleute nicht da sind.

Uns wird geschrieben:
Sehr geehrte Redaktion!
Folgender aufsehenerregender Vorfall, der mich zum Augenzeugen hatte, bedarf dringend der öffentlichen Kritik. Da ich nur zu gut weiß, daß die „gutgesinnte“ Presse Breslaus gegen die Breslauerer Polizei nichts zu schreiben magt, (wenigstens nichts, das der Polizei wehe täte, Red.) so sende ich den Bericht an die „Volksmacht“. Es handelt sich um folgendes:
In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr sah ich, wie ein junges Mädchen vor dem Hause Viktoriastraße 45 (an der Kronprinzessinnenstraße) plötzlich von Geburtswegen überrascht wurde. Die Mutter des Mädchens, die dabei war, legte die Arme schnell in die Arme eines Schaufensters und stand schmerzliche Angst aus. Endlich kam auf Wunsch eines Vorübergehenden ein Schutzmännchen herbei und nun konnte man ja helfen, daß der überraschten Mutter Hilfe gebracht werden würde. Aber der Schutzmännchen erhöhte nur die Angst von Mutter und Tochter, indem er es rüdweg ablenkte, zu helfen, einige Worte in seinem Munde brumnte und davonließ! Alles Witten half nichts, der Schutzmännchen würdigte einer Passanten, der ihn aufforderte, mit anzusehen und das Mädchen in die nahegelegene Gebarmannanstalt zu tragen, nicht einmal einer Antwort! Der Schutzmännchen ließ gleichgültig weiter, Mutter und Tochter ihrem Schicksal überlassend! Es blieb uns nichts anderes übrig, als selbst Hilfe zu holen und dann für die Entlassung der Wöchnerin in das Gebarmanninstitut in der Kronprinzessinnenstraße zu sorgen. Alle, die von dem Verhalten des Schutzmännchens hörten, waren darüber aufs höchste entsetzt und forderten, daß die Verantwortlichkeit den Polizeipräsidenten zwingen, seine Untergebenen besser zu instruieren.“

Soweit die Zuschrift. Wie unsere sofort angeforderten Ermittlungen ergaben, beruht ihr Inhalt auf Wahrheit. Es handelt sich um die Tochter eines sehr leicht erregbaren Vaters aus der Viktoriastraße 12, der seiner Tochter wegen ihres „Festhaltens“ (so nennt man es ja wohl in den „Besseren“ Kreisen) heftige Vorwürfe gemacht und sie bei Nacht und Nebel gezwungen habe, zu Fuß eine Anstalt aufzusuchen. — Der Polizeipräsident wird nicht umhin können, sich darüber zu äußern, was Nachtchutzmännchen für einen Zweck haben, wenn sie bei solchen Vorkommnissen anstatt zu helfen einfach davonlaufen.

* Zur Konferenz der schlesischen Arbeitervereine, die nächsten Sonntag Vormittag 11 Uhr im großen Saale des Breslauer Kongresshauses stattfinden wird, sind eingeladen, das sich die Provinzialen hierbei beteiligen werden. Die Großstadtschlesier sind ebenfalls eingeladen. Zur Teilnahme haben sich angemeldet: Bismarck- und Eisenbahner, Bügelhändler und Stadtmann, Arbeiter der Rechtsanwaltschaft, Fabrikarbeiter, Organist, das ehemalige Kleinhandwerk, der Uhrmacher, Klempner, Maler und Tischlermeister, Schlosser, Bäcker- und Zimmermeister und Gesellen, sodas, je nachdem wie die Rassenverhältnisse zusammengestellt sind, eine Vertretung aller Gesellschaftskreise zu verzeichnen sein wird. Im übrigen verweisen wir auf das in heutiger Nummer befindliche Inserat.

Aus Schlesien und Polen.

Wen trifft die Schuld?

Ueber die Ursachen des Grubenunglücks in Böhmisch-Melbude, der amtliche Bericht, der auch von uns wiedergegeben wurde, daß es nicht ausgeschlossen gewesen wäre, daß einer der vor dem Feuer flüchtenden Arbeiter eine Wetterföhre offen gelassen hätte, die unbedingte geschlossen werden mußte. Dadurch wären die anderen in der Grube befindlichen Arbeiter in die Gefahr des Erstickens gekommen.
Die Schuld an dem tobdringenden Ausbruch des Unglücks wird also auch hier wieder, wenn auch nur in unbestimmter Weise, einem Arbeiter zugedacht! Aber selbst wenn die Vermutung des Bergamts zuträfe, so wollen wir gleich versuchen, der Sache etwas näher auf den Grund zu gehen. Und da entsteht sofort die Frage, wie kam es, daß die Leute in eine solche bedenkliche Todesgefahr gekommen, sei der schließlich einer vergessenen, die Wetterföhre zu schließen? Und weiter: Wie sah es mit den Sicherheitsvorschriften überhaupt aus? Wie mit der Inspektion des Betriebspunktes, wo der Brand entstand?

Darauf gibt ein Bericht erheblichen Aufschluß, der der „Bergarbeiter-Zeitung“ von einem der eingeschlossenen gewesenen Bergleute zugesandt worden. Der Knappe schreibt:
„Wir arbeiteten ahnungslos in einem Pfeiler in der Abteilmung des (jetzt toten) Stetigers Köcher. Kurz nach 9 Uhr kam ein Wagenführer mit dem Befehl des Stetigers, daß wir flüchten sollten, weil Brandgas durchgebrochen seien. Als wir uns eilig anzulegen wollten, kam Stetiger Köcher mit dem Auffeher Wjhl und letzterer sagte zu uns: „Fördert nur vorläufig ruhig weiter, wir werden erst sehen.“ Da auch der Stetiger diese Meinung äußerte, so machten wir uns wieder an die Arbeit. In zehn Minuten kam der Reparaturzimmerhauer Wetzorek und sagte: „Nehmt alle nach der Förderstrecke, denn die Gase sind durchgebrochen!“ Wir ließen nach der Förderstrecke. Als wir in der dortliegenden Parallelstrecke die Wetterföhre öffneten, kamen uns die Brandgase so stark entgegen, daß an ein Weitergehen nicht gedacht werden konnte. Wir ließen die Parallelstrecke entlang nach der dem Schachte entgegengelegten Richtung. Kurz vor Ende der Strecke gingen wir durch einen Querschlag nach der Förderstrecke. Hier trafen wir den Auffeher Wjhl mit einigen Leuten, der uns fragte, ob wir alle hier wären.“

Wir folgten von drei Pfeilern und zwei Streckendriegen 24 Mann fern, waren aber nur vier Mann. In dem Augenblicke kamen jetzt die anderen (auch von den anderen Stetigerabteilungen) angeläufen. Auffeher Wjhl sagte nun: Jetzt können wir nach dem Krugschacht nicht mehr vor, von dort sind wir abgeschnitten, dort ist alles mit Brandgasen überfüllt. Wir müssen sehen, ob wir nicht nach dem Waldschacht noch gelangen können. Alle, wir waren jetzt 70 Mann, schlugen diese Richtung ein. Aber auch dorthin konnten wir nicht mehr durch, denn als wir durch einen anliegenden Berg nach dem Feinmannschicht durchwollten, kamen uns oben die Brandgase entgegen. Jetzt hielten wir uns alle für verloren. In der Todesangst entstand ein regelloses Durcheinander. Wir ließen zurück. Die ersten schlugen die Richtung ein durch die Hauptstrecke und wollten durch die Brandgase doch noch nach dem Krugschacht gelangen. Inzwischen liefen wir alle den ersten nach und hätten dort sicher auch alle den Tod gefunden. Da gab der Auffeher Wjhl ein energisches lautes Kommando: Zurück! Alle zurück! Hier können wir nicht mehr durch. Wir lehrten zurück und gingen bis ans Ende der Förderstrecke. Dort rissen wir die Wetterföhre herab und bauten daraus einen Wettkamm, der mit Wasser sorgfältig verschmiert wurde, damit die Brandgase zu uns nicht durchdringen konnten. Nun waren wir von aller Welt abgeschlossen. Bis auf zwei löschten wir alle Lampen aus, damit uns die Flammen den Sauerstoff nicht verzehrten, der für solch einen Mann so nicht lange aufreihen konnte. Alle setzten wir uns in den Förderrollen nieder, lautlos, stumpf und apathisch bildete jeder vor sich hin und dachte daran, was nun kommen wird. Die meisten dachten wohl an den Tod, einige gaben auch leise diesem Gedanken Ausdruck. So saßen wir ungefähr 1½ Stunden. . . . Plötzlich hörten wir hinter dem Wettkamm rufen. Es kamen Rettungsmannschaften mit dem Herrn Obersteiger; wir trachen uns einen Durchgang durch den Wetterkamm und gingen durch die von Wetterföhre Förderstrecke nach dem Krugschacht, wo wir — wie gelobdunkelt — ausliefen.“

Es scheint demnach doch in mehr als einer Beziehung etwas „faul“ gewesen zu sein. Diese Anfälle finden wir noch bekräftigt durch die Bemerkung des Berichterstatters der Bergarbeiter-Zeitung, daß es ihm schon immer aufgefallen sei, daß an den Eingängen in die Förderstrecken der Stetiger Köcher, Scharf und Moskwa keine Wetterföhren vorhanden waren, die bei gefährlichen Situationen geschlossen werden könnten. Diese drei Stetigerabteilungen seien am meisten der Gefahr ausgesetzt gewesen, weil die Brandgase aus der früheren 110. Wetter-Lichtausgabe durch den Mülleisen erdrungen sein sollten.
Sehr bemerkenswert ist auch, daß ein anderer Knappe berichtet, daß schon einen Tag zuvor die Verwahrung von dem Gasdurchdringen etwas gemerkt haben muß, weil von dem Krugschachte ein Invalide zum Wetterobersteiger nach dem Waldschacht geschickt worden ist, damit dieser dorthin komme. Wahrscheinlich sollte der Wetterobersteiger — der das Wetterlaboratorium unter sich hat — die verdächtigen Wetter untersuchen.

Bei näherem Zusehen dürfte also auch hier sich wieder zeigen, daß die eigentlichen Ursachen des Unglücks, das leicht ein viel größeres hätte werden können, viel tiefer liegt, und daß, wenn man Schuldige suchen will, sie wo anders zu suchen hat, als wo man sie gewöhnlich sucht.

Die Katastrophe hätte, wie nachträglich bekannt wurde, um ein Paar einwetteres Opfer gefordert. Der Obersteiger G. N. O. H., dem die unmittelbare Leitung der Rettungsarbeiten oblag, hatte ein Interesse der verunglückten und gefährdeten Kameraden seine eigene Sicherheit herab hingestellt, daß er die Gase darauf folgende Nacht an einer schmerzlichen Brandgasvergiftung darüderlag und sie nur mit energischer, ärztlicher Hilfe überwand. Er hat sich glücklicherweise rasch erholt.

Striegau, 27. Oktober. Schon wieder die ausländischen Arbeiter des Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Nitzsch. Am Sonntag Mittag spielte sich im Dominalhofe in Domst. hiesigen Striege eine blutige Szene ab, bei der es noch mehr Wertumbete gab, als in Gutsdorf. Während im Herdeshall Gaser eingeschüttet wurde, kam ein auf dem Dominium beschaffter ungarischer Arbeiter hinzu und verschüttete Gaser, insofern er hinausgewiesen wurde. Darüber wütend, holte er sich einige seiner Landsleute aus der Braueret, und diese drangen nun, mit Schaufeln und Hängergabeln bewaffnet, auf die ihnen begehrenden einheimischen Rechte und Wirtschaftsbearbeiter

ein. Der Herr des Hauses Herberichs Fischer wurde nicht eingelassen. Ebenso wurden andere Rechte und et. Wirtschaftspräsident erwidert. Der alsbald zur ärztlichen Untersuchung herbeigerufene Dr. Deporn aus Rühnem Gölle bei sechs Verletzten Wunden zu vernähren. Vier dieser Unternehmerrücklinge wurden im Laufe des Nachmittags vom Gendarmerie-Wachmeister Reidel gefesselt nach Striegau transportiert, während zwei derselben ihr Geld in der Flucht gesucht haben. Willkommen sind diese Kaufleute den Agrariern aber trotzdem immer noch, arbeiten sie ja viel billiger und lassen sich im allgemeinen viel mehr bieten, als der deutsche Landarbeiter, der wahrlich seine hohen Ansprüche in Bezug auf die Behandlung und Lohn stellt.

Offiz. Kreis Striegau, 27. Oktober. Ein schwerer Unglücksfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Freitag Nachmittag auf der Chaussee von Rauske nach hier. Der bei dem Landwirt Wolff hier selbst bestenfalls 19-jährige Anwalt August Kattke aus Viebau besand sich ebenso wie sein 16-jähriger Bruder Robert, der beim Gutsbesitzer Dietrich in Stenfen stand, jeder mit einem Gespann, das mit Rücksicht auf den Zustand, auf der Seimfabrik von der Juchfabrik. Unter Rauske, wo Einkehr gehalten worden war, kam August Kattke in die Gefahr, vom Wagen zu fallen, was von seinem Bruder Robert bemerkt und zu verhindern gesucht wurde. Hierbei wurde derselbe vom Vorderrad des Wagens angefahren und kam zu Falle. Vorderrad und Hinterrad des Wagens gingen ihm über den Rücken, jedoch er auf der Stelle verstarb. Durch den Tod stürzte auch August Kattke vom Wagen und erlitt schwere Verletzungen an den Beinen. Ein von auswärts herbeigerufener Arzt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe. Der bei dem Verstorbenen, ein Unfall zu verhindern, so sah aus dem Leben Geschiedene war als ein tüchtiger und fleißiger Mensch bekannt.

Schweidnitz, 28. Oktober. Landtagswahl. Bei den Wahlen im Wahlkreis Schweidnitz-Striegau wurde als Nachfolger des verstorbenen Mittelstandsbesitzers Herr der ebenfalls vom Lande der Landwirte nominierte Generalsekretär z. D. Frhr. von Reichenstein auf Nieder-Weistitz (Konst.) mit sämtlichen abgegebenen Stimmen gewählt.

Schweidnitz, 27. Oktober. Verbrannt. In der Raitischen Raderiederei im Wahlkreis Schweidnitz-Striegau wurde der 46 Jahre alte Juchhändler Georg Mai von der in Verbrennung geratenen Siedemaschine überhitzt und schwer verbrannt. Der in die Wunden eindringende Juch verurteilte eine schwere Blutvergiftung, an der Mai nach großen Schmerzen starb.

Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich am Montag bei den Zuschliffarbeiten am Stadtkanal bei Schweidnitz. Durch eine abfliegende Erdwand wurde der Schichtarbeiter Deschner verhaftet und gegen eine Lohnd geschleudert. Er erlitt namentlich an Rücken schwere Verletzungen und wurde alsbald dem Krankenhaus „Bethanien“ eingeliefert.

Reichenbach i. Schl., 28. Oktober. Ein Wohnsinniger in der Kirche. In der evangelischen Kirche versuchte während des Gottesdienstes am Sonntag Vormittag ein geistesoffener Schlosserjunge vom zweiten Chor aus in den Fond der Kirche auf die zahlreichen Besucher des Gotteshauses herabzu springen. Schon hatte er sich über die Brüstung geschwungen, als ihn der Gendarm Nieman trotz heftiger Gegenwehr zurück und in Straßstraße brachte.

Bunzlau, 28. Oktober. Racheakt. In Birkenbrück dieses Kreises, hatte ein Feiger mit vieler Sorgfalt sein Winterroggenfeld bestellt und nur reinen Samen auf den Acker ausgebreitet. Nachdem die Saat aufgegangen ist, zeigt sich, daß das Feld über und über mit Unkraut bedeckt ist. Nur die Hand eines Feindes kann dabei im Spiele sein.

Rothenburg L., 28. Oktober. Das Tösching. Ein erschütternder Unglücksfall ereignete sich Sonntag Nachmittag in Rohlitz. Als dort der 21-jährige Arbeiter Lorenz mit einem Tösching auf Spaten schuf, drang eine Kugel aus einer Entfernung von 80 Meter durch ein Fenster in die Wohnstube des Gärtners Rohlitz, traf seinen 13-jährigen Sohn in den Rücken und tötete ihn sofort. Der unglückliche Schütze hat sich selbst dem Gericht zu Rothenburg gestellt.

Oblau, 28. Oktober. Verhaftet. Der Waiskinder-Konfess, der bekanntlich nach Unterbringung von 260 Waiskinder in am Sonntagabend in Breslau verhaftet und in das Brigaden-Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. — Am Freitag Vormittag wurde in der Obste hinter der Wäghofstraße die Leiche eines unbekannten Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Die gerichtliche Untersuchung ist eröffnet.

Reichenbach, 27. Oktober. Gefährlicher Fund. Der Mutterkornling Schramm fand auf der kleinen Dorfstraße eine geladene Pistole. Während der Leihung mit dem gefährlichen Instrument hantierte, entlad es sich, und eine Kugel durchbohrte seine linke Hand.

Reichenbach, 27. Oktober. Immer wieder die falsche Auslegung des Reichs-Vereins-Gesetzes. Bekanntlich erhielt Senfke als Leiter und Organisator einer gewerkschaftlichen Versammlung ein Strafmandat wegen Nichtanmeldung einer anmeldspflichtigen Versammlung, das durch das Schöffengericht bestätigt wurde. Die gegen das Schöffengerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde am Freitag von der 1. Strafkammer verworfen, weil die abgehaltene Versammlung eine politische (!) es wurde in derselben das Statut und die Einrichtungen des Zentralverbandes der Maurer erörtert) gewesen sein soll. Der als Zeuge geladene Politikt Führer bestätigte, daß an Stelle des auf der Tagesordnung stehenden Vortrages über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer von Reichenbach und Umgebung der obige Vortrag gehalten wurde. Der als Zeuge geladene Referent, Bezirksleiter B. u. d. e., wurde vom Vorsitzenden u. a. auch über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie befragt. Aus der Antwort, daß die freien Gewerkschaften ihre Interessen am besten bei der sozialdemokratischen Partei vertreten sehen, glaubte der Gerichtshof entnehmen zu müssen, daß die Gewerkschaften in der Tat politisch seien, denn die Begründung, mit der die Berufung verworfen wurde, läßt darauf schließen. So sagte der Vorsitzende u. a.: Durch die Beweisaufnahme sei festgestellt, daß in der in Rede stehenden Versammlung am 20. Mai zwar alles getan wurde, um derselben den öffentlich politischen Charakter zu entziehen, jedoch da der Zentralverband der Maurer mit der sozialdemokratischen Partei sympathisierend (?) und diese eine ausgebrochen politische Partei sei (Sehr richtig!), so müsse angenommen werden, daß jene Versammlung einen politischen Charakter haben sollte, umso mehr, als für den sozialdemokratischen (!) Verband neue Mitglieder gewonnen wurden und eine Zahlstelle gebildet worden ist.

In der Begründung gibt also das Gericht zu, daß alles getan wurde, um der Versammlung den Charakter einer politischen Versammlung zu entziehen. Weil aber der Zentralverband der Maurer mit der sozialdemokratischen Partei sympathisierend und diese eine ausgebrochen politische Partei sei, müsse auch die Berufung verworfen werden. Das versteht man nicht. Ob das Breslauer Oberlandesgericht als Revisionsinstanz sich diese Interpretation auch zu eigen machen wird, glauben wir nicht, weil uns der klare Wortlaut des Vereinsgesetzes noch höher steht, als die Auflegung durch die Reichenbacher Strafkammer.

Reichenbach, 28. Oktober. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Montag im hiesigen Braunkohlenbergwerk. Während der Arbeit wurde der Arbeiter Dratwa von einer einfallenden Seitenwand teilweise erschlagen. Zwar konnte er durch die schnelle Rettungsarbeit nach wenigen Augenblicken aus seiner lebensgefährlichen Lage befreit werden, aber ihm waren beide Beine mehrfach gebrochen. Außerdem hatte er Querschnitten und auch innere Verletzungen davongetragen. Dratwa dürfte leider kaum mit dem Leben davonkommen.

Gleiwitz, 27. Oktober. Der falsche Eisenbahn-Kontrollleur. In der Uniform eines Eisenbahners stieg vorige Woche ein Mann in den Mittagsexpresszug und fing da gleich nach Aufahrt aus dem Bahnhof die Fahrkarten in der vierten Wagenklasse an zu revidieren. Auf der Fahrt von Gogolin nach Randzin dieselbe Revision. Wohl mochte manchen der nicht ganz einwandfreie Dienstausgang aufgefallen sein und auch das saame Betragen des Revisors, doch was war zu machen, Uniform ist Uniform. Endlich in Gogolin stieg ein zweiter Revisionsbeamter in den Wagenabteil der

vierten Klasse, der natürlich auch den vermeintlichen Kollegen einen Revision unterzog. Bei dem energischen Auftreten des richtigen Kontrollleuers fiel der falsche Kontrollleur ganz aus der Rolle, er grübelte gar nicht einmal der Bahn als Beamter an. Die Uniform hatte sich der Mann in Gleiwitz befohlen, um eine Wabstuf nach Doppel zu machen. Hier wurde der falsche Kontrollleur der Polizei übergeben und dann dem Gericht. Der Mann heißt Stefan Wambach, ist aus Alt-Tosel und von Beruf Schweigelehrling.

Beuthen, 28. Oktober. Die letzte Schicht. Auf der Florentinergrube wurde Dienstag der Hüner Rutlin mit von herabfallenden Kohlenmassen erschlagen und war sofort tot. **Kattowitz, 28. Oktober.** Selbstmord. In der Landerberg Herberge auf der Wühlstraße wurde heute Nachmittag gegen 1 Uhr der Reisende Josef Belzill aus Ratibor tot aufgefunden. Bei der Leiche wurden 10 geleerte Flaschen Singlons-Offens vorgefunden.

Gogolin, 28. Oktober. Manafallende Sicherheitsvorkehrungen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei den Gogoliner Kalkstein. Der acht Jahre alte Sohn des Steinbrechers Gull erlitt durch Schiffe aus nächster Nähe schreckliche Verletzungen; die linke Hand ist total verstimmt, die rechte Hand leicht verletzt, außerdem erlitt er Schußwunden am Bauch und rechten Auge, dessen Sehkraft wohl erloschen ist. Sind denn die Sicherheitsvorkehrungen bei dieser gefährlichen Arbeit so gering, daß selbst Kinder Zutritt haben?

Wyslowitz, 28. Oktober. Raubanfall. Ein russischer Eisenerbeiter, der Montag-Nacht von Wyslowitz nach Rausch über die Grenze gehen wollte, hatte sich durch zwei preussische Schmutzger führen lassen. In der Nähe von Schabernia überfielen sie den Russen, bearbeiteten ihn mit Messern und beraubten ihn seiner geringen Habseligkeiten. Der Russe mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Gzerath, 27. Oktober. Gefahren der Grube. Verhaftet zu Bruch gegangenen Gefährlichkeiten wurde auf dem Erbreichsacht der Bergmann Galos. Mit gebrochenen Beinen wurde er aus den Trümmern hervorgezogen und nach dem Knappschaftslazarett überführt.

Lissa i. W., 28. Oktober. Böse Folgen einer Streiterei. Auf dem Dominium G. unferes Kreises war der Kubfütterer, ein alter Mann von 65 Jahren mit einem 14-jährigen Kraben in Streit geraten und schlug den letzteren. Der Krabe ergriff in seinem Horn einen erodeten Stein, warf nach dem alten Manne und traf ihn so unglücklich an den Leib, daß das Bauchfell zerriß und wurde. In Bauchfellentzündung ist der alte Mann nach wenigen Stunden gestorben.

Kolmar i. W., 28. Oktober. Beim Wildern erschossen. Der Pflügerohn Schlenker aus Hermsdorf wurde Sonntag vom Forstwartlicher Graber in der Königl. Forst bei Fikere beim Wildern angetroffen und durch einen Schuß in die rechte Hüfte erschossen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

An unsere Korrespondenten. Wegen Stoffmangels mußten in der letzten Zeit leider einige von den eingehenden Beiträgen zurückbleiben. Wir bitten deshalb um Entschuldigung und hoffen, in den nächsten Tagen alles nachholen zu können. — Gleichzeitig ersuchen wir um pünktliche Einfindung der Liquidationen.

Redaktion. S. hier. Die Krankenversicherung für Hausgewerbetreibende ist am 24. März 1904 zum ersten Male vom Ortskrankenkassenverband beraten und durch Eingabe vom April 1904 beim Magistrat beantragt worden. Am Oktober 1905 erhielten die Sachleute aus den Krankenkassen, am 12. Mai 1906 die Handelskammer den Entwurf eines Urteils zur Begutachtung. Dieser Entwurf kam erst im September 1906 an die Stadtverordnetenversammlung und wurde dort noch ein Jahr verschleppt.

Kathreiners Malzkaffee ist bei geistiger u. körperlicher Arbeit das zuträglichste tägliche Getränk.

Am 26. d. Mts., früh 7 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet mein herzenguter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kontordirektor
Wilhelm Schmidt
im Alter von 48 Jahren. 5151

Im tiefsten Schmerze zeigen dies an
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 29. d. Mts., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Lewaldstr. 26 aus nach Gräbchen statt.

Am 28. Oktober verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Bürodirektor

Wilhelm Schmidt
im Alter von 47 Jahren.

Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Lewaldstrasse 26, aus nach Gräbchen. 5159

Danksagung!

Für die überaus zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden anlässlich der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. 5160

Karl Senk.

Verkauf bill. Möbel

Bücher, 1 Stuhl, 1 Ausziehtisch, 20 St. Plätz-Tische, 35 St. Stühle, 16 St. Spiegel u. Unterlag, 25 St. Salen-Garnitur in Tuch 100 St. Sessel, 28 St. sowie verschied. andere Möbel, Schreib- u. Bücherstühle, Schreibtisch, Wasch- u. Nachttisch, Kleiderst. i. billig, auch d. Stuhl u. Stuhlgarnitur, Salen, Karststr. 43, 2. Etg. 4201

Pfänder-Auktion
Mitte November cr. [5019]

Pfandleih-Institut
Matthiasstr. 113, 1. Etg.

Pfänder-Auktion
Donnerstag, den 12. November
Beerdigung des 2. November
Mittags 12. 5099

Tätige Näherinnen
für Reizitt-Verarbeiten sofort gesucht.
Louis Freudenthal.
Königsstr. 80. 5161

Gezweigtes Pflanzenfett

reines Fett 50
gefärbtes Fett 52
mit Wasser 60
gefärbt 60

J. May sen.,
Böttcherstr. 7. 5158

Kios-Atas-Cigarette 2 Pf.
Kios-Korprinz-Cigarette 3 Pf.
Kios-Jockey-Club 3 1/2 Pf.

KLEINE KIOS
Beliebteste 2 1/2 Pfg. Cigarette

Kios-Fürsten-Cigarette. Stück 4 Pf.
Kios-Welt-Macht-Cigarette. Stück 5 Pf.
Kios-Erbprinz-Cigarette. Stück 6 Pf.

Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Pfänder-Auktion
8 Pf. Retormbier 8 Pf.

Milch- u. Butter-Geschäft
mit Kaffee, Honig und Kuchen ist h. zu verkaufen.
Erfahrung mit B. C. Exp. t. Zeitg. 5149

Verkauf gebr. Möbel!
Schrank, Schreibtisch, Bettstellen, Sofas, ganze Stube-Einrichtungen zu 30, 50, 70 u. 100 Mark. Friedrichstr. 66. 5157

Jamaica-Rum
kasselt man fraglos am besten direkt aus der Fabrik, weil ohne Zwischenhandel. p. Ltr. 5154

Rum Facon M 1.00
Jamaica-Rum (Verschnitt) M 1.50
Jamaica-Rum M 2.00
Jamaica-Rum M 2.50
Echt Jamaica M 3.50

Herzberg & Co.
Hefchenstrasse 62.

Hansel's Etablissement, Pöpelwitz.
5162
Donnerstag: Fam.-Kränzchen
bei freiem Entree! — Präzisions-Vollonase.
Sonntags, den 31. Oktober: Herbst-Kränzchen vom Radfahrerverein „Felsenfest“.

Schlesische Krankenkassen-Konferenz
Sonntag, den 1. November 1908, vormittags 11 Uhr
(Einlaß 10 Uhr)

im großen Saale des Breslauer Konzerthauses.
Tages-Ordnung:
1. Die Fragen der Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes und Stellungnahme hierzu. 5152
2. Bericht über die Verhandlungen der Konferenz im Reichsamt des Innern.
3. Anträge und Beschlüsse.
Eingeladene sind die Vorstände, Aufsichtsbehörden und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Schlesien's, auch Knappschaftskassen.
Um pünktliches Erscheinen erucht
Der Ausschuss des Z. V. d. L.-K.-K. Schl.

Für Zigarrenmacher!!
Alle Rohstoffe zur Zigarrenfabrikation empfehlen in grösster Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Köhler & Rode
Breslau I, Hummerl 26.

Bürger-Kaffee
1/2 Pfd. Mk. 0,45
Zeichmann & Co.
Schweidnitzerstr. 9
jetzt Eingang Karlsstr. 16
16 Geschäfte in allen Städten.

Die Welt in der Politik

(Fortsetzung)

Man hat die alte andere Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die alte Parteien... Die alte Parteien... Die alte Parteien...

Die Entwicklung und das Verkommen

Der Sale

Die Entwicklung und das Verkommen... Der Sale... Die Entwicklung und das Verkommen...

Die Entwicklung und das Verkommen... Der Sale... Die Entwicklung und das Verkommen...

Die Entwicklung und das Verkommen... Der Sale... Die Entwicklung und das Verkommen...